

HISTORISCHES
JAHRBUCH
DER
STADT LINZ

1994

Linz 1995

Herausgegeben vom Archiv der Stadt Linz

I N H A L T

	Seite
Impressum	4
Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen	7
Anschriften der Mitarbeiter	8
Vorwort des Bürgermeisters	9
Rupert Breitwieser (Salzburg): Ein neugefundenes Grab aus dem römerzeitlichen Brandgräberfeld von Lentia – Linz	11
Georg Wacha (Linz): Der Linzer Stadtpfarrer Martin Purgleitner und Kaiser Maximilian II.	27
Andrea Leonhartsberger (Linz): Freizeiträume und Freizeitaktivitäten des Linzer Bürgertums in der franzisko-josephinischen Epoche	31
Helmut Fiederer (Linz): Kultus, Kultur und Sport in den Linzer Betrieben der VOEST-Alpine	203
Hanns Kreczi (Linz): Linzer Kulturpolitik miterlebt und mitgestaltet (1959–1985)	215
Buchbesprechungen	323

Da der Kirchenraum im Prunerstift künftig von der Musikschule für geeignete musikalische Veranstaltungen mitbenutzt werden sollte, wurden am 26. April 1979 vom Gemeinderat für die zusätzliche Renovierung des Kirchenraumes drei Millionen Schilling genehmigt. (Das Kirchenschiff war mit Ausnahme des Chorbereiches bisher von den Adaptierungsarbeiten ausgenommen, da zum Zeitpunkt der Kostenschätzung 1975 die günstige Kostenentwicklung beim Bauvorhaben noch nicht abgesehen werden konnte.) Die Stadt übernahm nun die Kosten für die Erneuerung der Fußböden, Beleuchtung und Bestuhlung, Fenster, Windfänge, Seitenaltäre, Kanzel, Hauptaltar und Kriegerdenkmal, die Installierung einer Bankheizung sowie Ergänzung der Schwach- und Starkstrominstallationen. Sämtliche Leistungen im Kirchenbereich wurden im Einvernehmen mit dem Denkmalamt durchgeführt.

Ich darf abschließend sagen, daß mich die Großzügigkeit der Stadt gerade für die Prunerstiftskirche besonders freute, fühlte ich doch in der Erinnerung an mein fast fünfjähriges Leben und Wirken als Seelsorger in diesem alten Gemäuer meinen damaligen Schmerz über den Verfall des Hauses und die Vereinigung seiner Bewohner wieder. Daß nun die alte Schönheit des Barockbaues wiederhergestellt ist und ich dazu mithelfen konnte, bedeutet für mich die Erfüllung eines alten, langgehegten Wunsches.

Linzer Planungsinstitut Altstadt (LPA)

Anlässlich des zehnjährigen Bestandsjubiläums hat das LPA im Jahre 1989 einen prächtigen Band unter dem Titel „Stadterhaltung und Stadterneuerung in Linz“ herausgegeben. Ausgezeichnete Arbeiten aus der Feder von Experten zeigen die großen Erfolge des Instituts auf. Über die Entstehungsgeschichte des LPA findet man darin nur einige wenige Hinweise. Auch mein Beitrag „Warum Linzer Planungsinstitut Altstadt?“ beschränkt sich weitgehend auf das angegebene Thema. Eigentlich hätte man erwarten können, daß in einem Bestandsjubiläumsband auch die Entstehung des Bestandsobjektes dargestellt wird. Das ist aber nicht der Fall. Ich habe dies als Manko empfunden und entschloß mich zum 15jährigen Bestandsjubiläum des LPA aufgrund der vorliegenden Akten⁷¹ aufzuzeigen, wie und warum das Institut zustandekam.

Daß mir die Linzer Altstadtfrage ein persönliches Anliegen war, kam bereits in der zweiten Folge meiner Abhandlung über die Linzer Kulturpolitik zum Ausdruck.⁷² Mit Schreiben vom 8. Juli 1975 an den Bürgermeister ergriff ich die Initiative zur Sanierung und Revitalisierung der Linzer Altstadt:

Die Frage der Stadterneuerung ist heute aufgrund wirtschaftlicher Überlegungen, aus Gründen einer sich anbahnenden neuen Wohnungspolitik (Forderung nach Altbauansanierung zu Lasten der Neubauleistung bzw. -förderung) und nicht zuletzt zufolge eines sich abzeichnenden Gesinnungswandels in ein akutes Stadium getreten. Das quantitative Wohnungsdefizit scheint in Österreich im großen und ganzen gedeckt zu sein, mehr als die Hälfte der Wohnungen genügen aber zeitgemäßen menschlichen Ansprüchen nicht mehr. Die Verbesserung der Wohnverhältnisse kann infolge der Preisentwicklung wirtschaftlicher durch Assanierung als durch Neubau erreicht werden. Die ausschließliche Förderung von Neubauten, wie sie in der Nachkriegszeit bisher gepflegt wurde, erscheint überholt. Es wird daher die Forderung immer lauter, das Wohnbauförderungsgesetz 1968 dahingehend zu novellieren, daß nicht mehr nur Neubauten, sondern auch Altbauansanierungen gefördert werden.

⁷¹ Privatarchiv Kreczi, Mappen Altstadterhaltung.

⁷² HistJbL 1992, 242 ff.

Voraussetzung einer zielstrebigen und verantwortungsbewußten Durchführung der Stadterneuerung ist ein Stadterneuerungsplan, der nur auf der Grundlage einer örtlichen Grundlagenforschung erstellt werden kann. Besonders deutlich wird dies, wenn man an die geschichtliche und künstlerisch wertvolle Bausubstanz einer Stadt denkt, die gemeinhin unter dem Begriff „Altstadt“ im positiven Sinn verstanden wird. Das vom Europarat im Zusammenhang mit dem Denkmalschutzjahr 1975 in Krems veranstaltete 3. Symposium legte seine Ergebnisse in einer Resolution fest, deren Punkt 4 lautet: „Jedem Eingriff in das historische Zentrum müssen eine vollständige Bestandsaufnahme und die Aufstellung eines umfassenden Strukturplanes und eines Verkehrsplanes vorausgehen. Während gleichzeitig Behörden und Eigentümer dringende Erhaltungsmaßnahmen durchführen, muß ein permanentes interdisziplinäres Organ auf örtlicher oder regionaler Ebene geschaffen werden, das bei Programmen für Ortsplanung und Erhaltungsarbeiten berät, koordiniert und überwacht.“

Zu diesem Fragenkomplex schreibt Bürgermeister Salfenauer:⁷³ „Eine weitere wesentliche Aufgabe hat die Stadt Salzburg mit der Evidenz und Bestandsaufnahme der Bauwerke in der Altstadt übernommen... Bei allen kommenden Altstadtsanierungen und -revitalisierungen wird sich zeigen, wie unabdingbar diese mühsamen und langwierigen Vorarbeiten waren.“ Zweifellos werden die systematischen Arbeiten der Grundlagenforschung auch in Linz längere Zeit in Anspruch nehmen. Wenn aber eine Novellierung des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 im obigen Sinn erfolgt, müßte die Stadt Linz auf eine systematische Stadterneuerung vorbereitet sein und über einen umfassenden Stadterneuerungsplan verfügen.

Es ist nicht Aufgabe des Gefertigten, sich den Kopf über Dinge zu zerbrechen, die nicht in den Zuständigkeitsbereich seines Amtes fallen; aber hinsichtlich der Grundlagenforschung erachtet sich die KV als mitverantwortlich, vor allem, soweit dies geschichtliche, denkmalpflegerische und künstlerische (ästhetisch-stadtgestalterische) Belange betrifft. Es sei darauf hingewiesen,

daß in Wien im Kulturamt ein eigenes Referat für Stadterneuerung besteht, das sich aus 9 Personen (u. a. Historiker, Kunsthistoriker, Techniker, Soziologen) zusammensetzt;

daß in Krems der „Verein zur Förderung der Erneuerung von Krems“ die Grundlagenforschung durchführen ließ, „die für einen Erneuerungsplan von Krems und Stein notwendig sind“ (Dr. Kühnel);

daß in Salzburg die „Bestandsaufnahme der Bauwerke“ durch das Bauamt in Zusammenarbeit mit der TH Wien erfolgte;

daß in Graz ein „Stadtverschönerungsreferat“ besteht, das sich nicht nur um eine defensive Altstadterhaltung kümmert, sondern vielmehr eine echte konzeptive Altstadtpflege betreibt, und schließlich,

daß in Innsbruck eine „Studie über die Stadtgestaltung“ in Auftrag gegeben wurde.

Der Gefertigte erlaubt sich daher, die Anregung zu geben,

- im Rahmen der Erstellung des Stadterneuerungsplanes Linz eine Projektgruppe für Grundlagenforschung auf Beamtenebene unter Beiziehung von Experten zu schaffen;
- die personalmäßigen Voraussetzungen hierfür, soweit sie nicht in der BV und KV gegeben sind, vor allem durch Bestellung eines Kunsthistorikers und einer Schreibkraft zu genehmigen und
- die notwendigen finanziellen Mittel in der voraussichtlichen Höhe von S 300.000.– zur Verfügung zu stellen.

Nähtere Angaben und Begründungen:

ad a) Die Projektgruppe könnte von der BV und der KV gebildet werden. MD (Magistratsdirektor) und PD (Präsidialdirektor) stimmten grundsätzlich zu. Die Projektgruppe sollte aus BD (Baudirektor), KVD (Kulturverwaltungsdirektor) und den von diesen jeweils zur Mitarbeit herangezogenen Beamten (Angestellten) und Experten bestehen.

ad b) Die personellen Möglichkeiten sind voraussichtlich in der BV und KV und hinsichtlich der Altstadt durch die Zusammenarbeit mit dem Bundesdenkmalamt gegeben, abgesehen von einem Kunsthistoriker und einer Schreibkraft. Für die Arbeit des Kunsthistorikers bietet sich Dr. Wied an, der den 2. Band der Linzer Kunstopographie, der 1976 erscheinen wird, bearbeitet hat. Das Museum hat für den Stellenplan 1976 den Posten eines Leiters der Kunst- und kulturgeschichtlichen Sammlungen im Stadtmuseum beantragt. Dr. Wied könnte diesen Posten ausfüllen und für die Mitarbeit an der Stadterneuerung herangezogen werden.

ad c) Die zusätzlichen Kosten der Grundlagenforschung, vor allem für Arbeitsaufträge, können aufgrund von Vergleichen in anderen Städten mit etwa S 300.000 angenommen werden. 100.000 bis 150.000

⁷³ Österreichische Gemeindezeitung 1975, Heft 9 (Mai), 198 ff.

Schilling hievon sollten für 1976 vorgesehen werden. Mit Rücksicht auf die Budgeterstellung 1976 sollte die grundsätzliche Entscheidung über die Anregung, eine Projektgruppe für Grundlagenforschung zu schaffen, ehest getroffen werden.

Die Anregung wurde aufgegriffen, da unabhängig von der Kulturverwaltung in der Bauverwaltung eine Reihe von auch die Altstadt betreffenden Projekten liefen, wie die Errichtung einer fußgängerfreundlichen Zone im Linzer Stadtgebiet (Gemeinderatsbeschuß vom 4. Dezember 1975), oder Stadtsanierungsvorhaben, z. B. für das Areal Prunerstift.

Um die verschiedenen Aktivitäten der Sanierung und Erneuerung der Linzer Altstadtgebiete zu koordinieren, erließ der Magistratsdirektor im Einvernehmen mit dem Magistratspräsidium am 15. Dezember 1975 folgende Verfügung:

1. Es wird eine Projektgruppe „Altstadtsanierung“ gebildet.
 - 1.1. Die Leitung und Koordinierung innerhalb dieser Projektgruppe obliegt dem Herrn Kulturverwaltungsdirektor.
Die Betrauung beinhaltet die Federführung in allen in den Aufgabenbereich der Projektgruppe fallenden Angelegenheiten.
 - 1.2. Aufgabe der Projektgruppe „Altstadtsanierung“ ist die Realisierung und Ergänzung des nachstehenden in groben Zügen ausgeführten Revitalisierungskonzeptes zur Wiederbelebung der sanierungswürdigen Linzer Altstadtgebiete, insbesondere der Linzer Innenstadt. Dazu gehört vor allem:
 - 1.2.1. Bestandsaufnahme über die abgeschlossenen und in Angriff genommenen Maßnahmen auf dem Gebiet der Altstadtsanierung.
 - 1.2.2. Erarbeitung von Zielvorstellungen auf der Basis der Bestandsaufnahme. Dabei sind architektonische, finanzielle, rechtliche, wirtschaftliche und soziologische Aspekte zu berücksichtigen, und zwar insbesondere
 - 1.2.2.1. die Sicherung der Funktionsfähigkeit für eine humane und lebendige Altstadt und
 - 1.2.2.2. die Erhaltung des historischen Altstadtbildes.
 - 1.2.3. Die Festlegung und Schaffung der Instrumentarien für die Realisierung der Zielvorstellungen. Als solche bieten sich an:
 - 1.2.3.1. Flächenwidmungspläne, Teilbebauungspläne, Baualterspläne, Vorschreibungen bei Baugenehmigungen, Untersuchungsergebnisse über den Verkehr, Wohnungsverhältnisse und Sozialstruktur;
 - 1.2.3.2. die Aktivierung der Privatiniziative, insbesondere in finanzieller Hinsicht durch Aufklärung und Beratung;
 - 1.2.3.3. die Unterstützung der öffentlichen Hand z. B. durch Ausschöpfung der Förderungsmittel von Bund und Land oder durch Zusammenarbeit mit Baugenossenschaften und anderen Institutionen (Projekt- und Finanzierungsplanung);
 - 1.2.3.4. gesetzliche Regelungen organisatorischer, rechtlicher und finanzieller Erfordernisse in einem Altstadterhaltungs- und Sanierungsgesetz ähnlich wie in Salzburg.
 2. Es wird weiters die Projektgruppe „Stadterneuerung“ gebildet.
 - 2.1. Die Leitung und Koordinierung dieser Projektgruppe obliegt dem Herrn Baudirektor. Die Betrauung beinhaltet die Federführung in allen in den Aufgabenbereich der Projektgruppe fallenden Angelegenheiten.
 - 2.2. Zum Zwecke einer planmäßigen Realisierung der notwendigen Stadterneuerungen ist von der Projektgruppe „Stadterneuerung“ als erste Aufgabe ein Stadterneuerungskonzept zu erarbeiten.

Im Hinblick darauf, daß mit der Pensionierung von Ing. Dr. Fritz Fanta das Entwurfamt der Bauverwaltung aufgelassen worden war und die Agenden der Altstadtsanierung seither vom Hochbauamt mitbesorgt wurden, schlug die Projektgruppe „Altstadtsanierung“ als eine unabdingbare Voraussetzung einer gedeihlichen Arbeit die Schaffung einer eigenen Altstadterhaltungsstelle und deren Besetzung mit einem entsprechend ausgebildeten Fachmann vor.⁷⁴ Die

⁷⁴ Dies und das Folgende: Hanns Kreczi, Blickpunkt Linz. Linz 1979, 40 ff.

Projektgruppe konnte auch durchsetzen, daß der bewährte Mitarbeiter der Kulturverwaltung in Altstadtfragen, Dipl.-Ing. Otmar Brunner, mit der Leitung der Altstadterhaltungsstelle betraut wurde. Für die Projektgruppe legte der Kulturverwaltungsdirektor am 3. Jänner 1977 ein Arbeitsprogramm vor, das legistische, wissenschaftliche und journalistische Vorbereitungsarbeiten beinhaltete:

1. Erarbeitung eines Linzer Altstadterhaltungsgesetzes
2. Organisation der Grundlagenforschung und
3. Förderung des Altstadt-Wertbewußtseins in der Bevölkerung.

Altstadterhaltungsgesetze sollen vor allem die Durchsetzung der notwendigen Schutzbestimmungen und die Finanzierung der Altstadtsanierung sichern. Sie enthalten im wesentlichen die Abgrenzung der Schutzzonen, Angaben über die technischen Schutzbestimmungen für das Erhaltungswürdige in den Schutzzonen, die Festlegung einer auf Grundlagenforschung basierenden Bautenevidenz, die Aufgaben und die Zusammensetzung der Gutachterkommission, Bestimmungen über den Altstadterhaltungsfonds, Förderungsrichtlinien und Verfahrensbestimmungen.

Die Schutzzonen lagen im Entwurf im Sommer 1977 vor, die Schutzbestimmungen wurden nach einer Studie ausgearbeitet, die Dipl.-Ing. Hans Wesely aufgrund eines Arbeitsauftrages der Projektgruppe Ende 1977 vorgelegt hatte. Da die Stadt Linz aufgrund der Bereitstellung von zehn Millionen Schilling im Budget 1978 die Altstadtsanierung bereits in diesem Jahr auf breiterer Grundlage anlaufen ließ, erstellte die Projektgruppe „Richtlinien für die Förderung der Erhaltung von historisch, städtebaulich und architektonisch bedeutsamen Gebäuden in Linz“.

Die Grundlagenforschung konnte bereits 1976 auf breiterer Basis aufgenommen werden. Studenten des Institutes für Baukunst der Technischen Universität Wien machten unter Leitung von Assistent Otmar Brunner eine Flächenbauaufnahme des Rathausgevierts, die diesem als Grundlage seiner Diplomarbeit diente. Brunner hat 1977 im Auftrag der Stadt das Rathausgeviert auf historisch und architektonisch wertvolle Bauteile untersucht und einen Revitalisierungsvorschlag ausgearbeitet. Dieser Arbeitsauftrag wurde als Muster-Versuch der Revitalisierung eines Häuserblocks ausgeführt.

Im Rahmen der Fassadenaktion der Stadt wurden von Studenten des Institutes für Baukunst Fassadenabwicklungen aufgenommen. Achtzig Prozent der Fassaden in der Schutzone I lagen bis zum Sommer 1978 vor.

Im Jahre 1978 wurde mit der Auswertung einer Flugaufnahme aus dem Jahre 1976, einer sogenannten photogrammetrischen Dachausmittlung mit Höhenkoten des Häusergeviertes Hauptplatz – Hofgasse – Altstadt(gasse) – Klosterstraße begonnen, welche die Dachlandschaft in ihrem dreidimensionalen Aufbau festhält. Die Auswertung dient der Altstadtsanierung für Flächenbauaufnahmen, Fassadenabwicklungen usw. Sie lieferte auch die Unterlagen für die Herstellung eines Modells.

Die bisherige Fassadenaktion wurde ab 1978 zur Altstadtsanierung erweitert. Bauvorhaben in der Altstadt, die den Vorstellungen der Altstadtpflege und der Revitalisierung entsprechen, werden bis zu dreißig Prozent des schützenswerten Bauanteiles gefördert. Die mit 1. April 1978 im Stadtbauamt neugeschaffene Abteilung Altstadterhaltung unter Leitung von Dipl.-Ing. Otmar Brunner konnte bereits sichtbare Erfolge in der Altstadt erzielen. Seit Sommer 1978 bemühen sich viele Hausbesitzer in der Altstadt, ihr Haus zu renovieren. Fassaden wurden

gefärbelt, Erker freigelegt und Arkadenhöfe restauriert. Dank dem Interesse der Linzer Bevölkerung konnten in sechs Sachverständigenkommissionen bereits 53 Ansuchen behandelt werden. Förderungsmittel im Gesamtbetrag von 4,86 Millionen Schilling wurden 1978 bewilligt. Eine echte Revitalisierung einiger historischer Bauten konnte bereits erreicht werden. Einen ersten Anlauf der praktischen Revitalisierung des Rathausgeviertes stellt die Freilegung der Arkadensäulen im Haus Rathausgasse 8 dar.

Die intensive Beschäftigung mit dem Problem der Altstadtsanierung hat dazu geführt, daß ich die 13. (und letzte) Linzer Stadtmonographie als „Leitfaden“ für die Arbeit der Linzer Altstadterhaltung gewidmet habe. Die Schrift ist unter dem Titel „Blickpunkt Linz“ (etwas verspätet) im Jahr 1979 erschienen.

Im Zuge der Vorbereitungen für die Schrift „Blickpunkt Linz“ wurde von Dipl.-Ing. Gerhard Sedlak der Baualterplan der Linzer Altstadt 1978 neu bearbeitet und damit eine weitere wesentliche Grundlage für die Altstadtsanierung geschaffen.

Die Förderung des Altstadtbewußtseins und insbesondere die allseits als notwendig erkannte Mitarbeit der Bürger an der Revitalisierung der Altstadt wird nur durch Öffentlichkeitsarbeit erreicht. „Blickpunkt Linz“ ist eine erste zusammenfassende Information über die Linzer Altstadtfrage.

In den letzten siebziger Jahren arbeiteten in Linz drei Arbeitsgruppen auf dem Gebiet der Linzer Altstadtsanierung und -revitalisierung: das Hochbauamt, Abteilung Altstadterhaltungsstelle für das laufende Sanierungsprogramm, das Arbeitsteam Perotti für die Fußgeherzonen und die Projektgruppe Altstadtsanierung für die Erarbeitung der gesetzlichen Voraussetzungen, für die Organisierung der Grundlagenforschung und für die Förderung des Altstadt-Wertbewußtseins in der Bevölkerung (Öffentlichkeitsarbeit).

Eine Koordinierung dieser Gruppen und deren Kooperation im Aufbau einer Organisation mit der Aufgabe der Altstadterhaltung wurde als notwendig erachtet. Insbesondere mit der Intensivierung der Bestrebungen zur Errichtung von Fußgängerzonen erschien eine Zusammenarbeit unabdingbar. Bisher hatte sich die Gestaltung im wesentlichen auf den Straßenraum beschränkt. Nunmehr sollten im Interesse der Durchblutung der Altstadt die Höfe allgemein zugänglich gemacht – soweit dies möglich ist – und Durchgänge (Passagen) vor allem durch sinnvolle Auskernung der Häusergevierte geschaffen werden. Das macht die Zusammenarbeit der „Bewahrer“ und der „Gestalter“ zur unabsehbaren Notwendigkeit. Dabei handelt es sich zweckmäßigerverweise um eine Zusammenarbeit zwischen der Stadt (Politiker, Beamte) – es geht ja um eine Aufgabe der Gemeinde – und außenstehenden Experten (insbesondere Architekten). Zur Koordinierung und weiteren Arbeit schlug ich am 4. Juli 1968 dem Baudirektor die Schaffung einer Linzer Planungsgemeinschaft (LPG) vor,

welche die bisherigen Arbeitsgruppen und die übrigen für die Linzer Altstadterhaltung zuständigen Vertreter, das sind die Politiker, Beamten und Experten, zu einheitlicher Arbeit zusammenfaßt.

Die LPG, auf Vereinsbasis gegründet, könnte aus folgenden Organen (in Anlehnung an die Organisationsform des Linzer Hochschulfonds) bestehen: Kuratorium, Vorstand, Geschäftsführung, Arbeitsausschuß und Sekretariat.

Das Kuratorium umfaßt alle Mitglieder der LPG unter zwei Präsidenten, die aus den Kreisen der Politik und Experten vom Kuratorium gewählt werden (Vorschlag: Bürgermeister Hillinger und Univ.-Prof. Koepf).

Das Kuratorium wählt den Vorstand, der aus dem Bürgermeister, dem Baureferenten, den Vertretern der im Gemeinderat tätigen politischen Parteien, aus dem MD und den Geschäftsführern besteht. Das Kuratorium bestellt zwei Geschäftsführer (Vorschlag: BD Weiner und Prof. Perotti) und zwei Geschäftsführer-Stellvertreter.

Der Vorstand bestellt einen Arbeitsausschuß, der aus den Geschäftsführern, deren Stellvertretern und den übrigen derzeitigen Mitgliedern der Projektgruppe Altstadtsanierung besteht.

Die organisatorische und administrative Arbeit der LPG wird von einem Sekretariat besorgt, das dem Architektenbüro Perotti und Partner anvertraut wird.

Arbeitskonzept:

Der Arbeitsausschuß berät alle notwendigen Aufgaben, zunächst

1) Vorschläge für die Koordinierung der dat. geführten Aktivitäten (vor allem also Linzer Altstadterhaltungsgesetz, Altstadtsanierungsarbeiten, Fußgeherzone und Grundlagenforschung für die Altstadterhaltung und

2) Erstellung eines Grundkonzeptes für einen Gesamtplan der Altstadtsanierung und -revitalisierung.

Die Vorschläge des Arbeitsausschusses wären dem Vorstand vorzulegen, der sie nach entsprechender Prüfung genehmigen und dem Kuratorium vorlegen könnte. Spätestens mit dem Kuratoriumsbeschuß wäre der Weg frei für die Beschlußfassung durch die zuständigen Organe der Stadt.

Planungsauftrag:

Dieser Organisationsvorschlag basiert auf der Voraussetzung, daß das Architektenstudio Perotti und Partner den Planungsauftrag Linzer Altstadt erhält.

Das Bauwirtschaftsamt stellte sich gegen den Vorschlag und trat am 30. Oktober 1978 für die Errichtung eines Beirates „Altstadterhaltung und Fuzo-Erweiterung“ mit folgender Begründung ein: *die Konstruktion dieses Gremiums in Form eines Beirates erscheint zweckmäßig, da einem Beirat ausschließlich beratende bzw. begutachtende Funktion zukommt, während die letzte Entscheidung nach wie vor der Stadt Linz vorbehalten bleibt. Bei Gründung eines Fonds müßte die Entwicklung zu großer Eigenständigkeit und damit verbunden mangelnder Einflußnahme der Stadt auf sehr wesentliche Entscheidungen im Rahmen der Altstadterhaltung bzw. Fuzo-Erweiterung befürchtet werden.*

Dieser Einspruch veranlaßte mich am 21. November 1978 dem Magistratsdirektor nachstehenden zusammenfassenden Bericht vorzulegen:

In meinem Schreiben vom 2. 4. d. J. habe ich darauf hingewiesen, daß derzeit drei Arbeitsgruppen auf dem Gebiet der Altstadtrevitalisierung arbeiten:

1. die Abteilung Altstadterhaltung im HBA für das laufende Programm der Altstadtsanierung,
2. das Arbeitsteam Perotti für die Fuzo,

3. die Projektgruppe Altstadtsanierung mit den Aufgaben: Erarbeitung eines Linzer Altstadterhaltungsgesetzes, Organisierung der Grundlagenforschung für die Revitalisierung der Altstadt und Förderung des Altstadtbewußtseins.

Ferner habe ich in meinem o. a. Schreiben ausgeführt, daß für eine gedeihliche Arbeit die Koordinierung und Kooperation der Arbeitsgruppen und die Erstellung eines Grundkonzeptes für eine Gesamtplanung der Altstadtsanierung und -revitalisierung notwendig sind.

Auf die Organisationsform hin angesprochen habe ich mit Schreiben vom 4. 7. d. J. die Schaffung einer Linzer Planungsgemeinschaft (LPG) auf Vereinsbasis vorgeschlagen, welche diese Arbeitsgruppen und die übrigen für die Linzer Altstadterhaltung zuständigen Politiker, Beamten und Experten in Anlehnung an die Organisationsform des Linzer Hochschulfonds zu einheitlicher Arbeit zusammenfaßt.

Die LPG ist in erster Linie eine Arbeitsgemeinschaft, in der die für den Arbeitsbereich zuständigen und daran interessierten Stellen und Personengruppen nach den Vorstellungen heutiger volksnaher Verwaltung repräsentativ vertreten sind, die aber auf einem ständigen Arbeitsteam (Arbeitsausschuß) mit konkret umgrenzter Aufgabenstellung basiert und zu initiativer Mitarbeit verpflichtet. Der Beirat ist in erster Linie ein den Bürgermeister beratendes Organ, dessen Mitglieder – von Fall zu Fall damit befaßt – vorgelegte Arbeiten begutachten; ein Organ, das aber auch die Möglichkeit erhalten soll, für die Behandlung einzelner Teilbereiche Arbeitskreise zu bilden.

Zusammenfassend:

Die LPG kann in den offenen Fragen der Koordinierung der Arbeitsgruppen, der Erstellung einer Gesamtplanung und der Erarbeitung von Vorschlägen für die Verwirklichung des Gesamtkonzeptes (zumindest) effizienter arbeiten als ein Beirat.

Magistratsdirektor Kubin ging darauf insofern ein, als er in Zusammenarbeit mit mir ein Exposé, datiert vom 4. Dezember 1978, erarbeitete.⁷⁵ Dieses Exposé wurde in einer gemeinsamen Besprechung beim Magistratsdirektor am 10. Jänner 1979 diskutiert und gutgeheißen. Zu Punkt 5.2 des Exposés wurde Prof. Dr. Koepf mit dem Vermerk genannt, daß es von Bedeutung erscheint, daß in diesem an sich politischen Gremium Herrn Bürgermeister ein unabhängiger Fachmann zur Seite steht.

Am 6. September 1979 wurden Name und Aufgabe des Vereines einmütig festgelegt:

Das Linzer Planungsinstitut Altstadt (LPA) schafft die Voraussetzung für eine interdisziplinäre Zusammenarbeit in Altstadtfragen im Interesse der Bevölkerung und der Behörden.

Zielsetzung des LPA ist

1. die Betreibung und Koordinierung der Grundlagenforschung für Altstadt-Schutzgebiete;
2. Erstellung eines generellen Rahmenplanes und Aufgabenkataloges für die Erhaltung und Gestaltung der Linzer Altstadtgebiete;
3. Vorschlag und Vorbereitung von Ausschreibungen konkreter Planungsaufgaben für die Vergabe an freischaffende Architekten, Institute, Universitäten und Hochschulen;
4. Information der Öffentlichkeit und rechtzeitige Kontaktnahme mit den von den Planungsvorhaben betroffenen Bevölkerungskreisen.

Der Gemeinderat beschloß in seiner Sitzung am 29. Mai 1980 einstimmig die Errichtung des Vereines „Linzer Planungsinstitut Altstadt“ (LPA) und genehmigte die Statuten. (Die konstituierende Generalversammlung fand am 28. August 1980 statt.) Im Amtsbericht zur Gemeinderatssitzung wird zusammenfassend ausgeführt:

Zielvorstellung

Die ebenso den Menschen wie seine natürliche Umwelt gefährdende Entwicklung unserer großen Städte hat sich vor allem für die Stadtkerne bedrohlich ausgewirkt. Den zerstörerischen Kräften entgegenwirkend, führte die allgemeine Besinnung auf das Kulturerbe Europas auch in Linz zu einem Umdenken.

Das Ziel aller Bestrebungen zur Sanierung des Linzer Stadtcores liegt in der Bewahrung nicht allein des architektonischen Erbes, sondern vielmehr der auch in Jahrhunderten gewachsenen „Urbanität“, in der Erhaltung eines von pulsierendem Leben erfüllten, menschengerechten Stadtzentrums, das seiner Aufgabe als wirtschaftlicher und kultureller Mittelpunkt der oberösterreichischen Landeshauptstadt gerecht werden kann.

Bisherige Leistungen

Schon seit Jahren werden in Linz Einzelaktionen der Denkmalpflege erfolgreich durchgeführt, wie z. B. die Sanierung des Schlosses, der Martinskirche, die Fassadenaktion usw. sowie Grundlagenforschung für eine systematische Altstadterhaltung betrieben; besonders hingewiesen sei auf die Bände der Linzer Kunstopographie, die vor allem das baukünstlerische Erbe in der Altstadt beschreibt.

Der Gedanke einer planvollen Altstadtsanierung und -revitalisierung wurde in Linz in den 70er Jahren aufgenommen. Die Revitalisierung einiger Großbauten, wie Nordico, Prunerstift, Ursulinenhof u. a. ist bereits zufriedenstellend durchgeführt. Die Grundlagenforschung konnte vor allem von der mit Verfügung des Herrn MD vom 15. 12. 1976 geschaffenen Projektgruppe Altstadtsanierung auf breiterer Basis angegangen werden (Erarbeitung von Schutzzonen, Schutzbestimmungen usw.; Revitalisierungsplan für das Rathausgeviert von Dipl.-Ing. Brunner als Musterversuch der Revitalisierung eines Häuserblocks). 1978 wurde die Fassadenaktion zur Altstadterhaltung erweitert. Es wurden 10 Millionen Schilling für die Förderung in das Budget 1978 aufgenommen und eine eigene Abteilung Altstadterhaltung geschaffen, die ab 15. 4. 1978 mit einem Fachmann besetzt wurde.

⁷⁵ Siehe Dok. 11.

Internationale Forderung

Im Rahmen des Denkmalschutzjahres 1975, das der Europarat veranstaltete, wurden zahlreiche internationale Veranstaltungen durchgeführt, die das große Aufgabengebiet der Sanierung und Revitalisierung der Altstädte in Europa behandelten. Dabei wurde immer wieder darauf hingewiesen, wie verhängnisvoll an sich gute Aktionen ohne grundlegende Planungen sein können, und angeregt, daß jede Stadt ein interdisziplinäres Organ für die Altstadtarbeit auf örtlicher Ebene schaffen solle. So hat z. B. das 3. Internationale Altstadtsymposium in Krems 1975 die Resolution gefaßt:

„Jedem Eingriff in das historische Zentrum müssen eine vollständige Bestandsaufnahme und die Aufstellung eines umfassenden Strukturplanes und eines Verkehrsplanes vorangehen. Während gleichzeitig Behörden und Eigentümer dringende Erhaltungsmaßnahmen durchführen, muß ein permanentes interdisziplinäres Organ auf örtlicher oder regionaler Ebene geschaffen werden, das bei Programmen für Ortsplanungs- und Erhaltungsarbeiten berät, koordiniert und überwacht.“

Koordination und Kooperation

In den letzten Monaten und Jahren arbeiteten in Linz drei Arbeitsgruppen auf dem Gebiet der Linzer Altstadtsanierung und -revitalisierung: das Hochbauamt, Abteilung Altstadterhaltung für das laufende Sanierungsprogramm, das Arbeitsteam Perotti für die Fußgängerzone und die Projektgruppe Altstadtsanierung für die Erarbeitung der gesetzlichen Voraussetzungen, für die Organisierung der Grundlagenforschung und für die Förderung des Altstadt-Wertbewußtseins in der Bevölkerung (Öffentlichkeitsarbeit).

Eine Koordinierung dieser Gruppen und deren Kooperation im Aufbau einer Organisation mit der Aufgabe der Altstadterhaltung erscheint notwendig. Insbesondere mit der Intensivierung der Bestrebungen zur Errichtung von Fußgeherzonen erscheint eine Zusammenarbeit unabdingbar. Bisher hat sich die Gestaltung im wesentlichen auf den Straßenraum beschränkt. Nunmehr sollen im Interesse der Durchblutung der Altstadt die Höfe allgemein zugänglich gemacht – soweit dies möglich ist – und Durchgänge (Passagen) vor allem durch sinnvolle Auskernung der Häusergevierte geschaffen werden. Das macht die Zusammenarbeit der „Bewahrer“ und der „Gestalter“ zur unabwelslichen Notwendigkeit. Dabei handelt es sich zweckmäßigerweise um eine Zusammenarbeit zwischen der Stadt (Politiker, Beamte) und außenstehenden Experten, insbesondere Architekten.

Linzer Planungsinstitut Altstadt

Es soll ein Verein mit dem Namen „Linzer Planungsinstitut Altstadt“ (LPA) gegründet werden, um Politiker, Beamte und Experten zu gemeinsamer Arbeit zu führen. Die Absicht, das Institut als Verein zu gestalten, ist insbesondere von Vorteil, als einem Verein Rechtspersönlichkeit zukommt und dieser daher für den rechtsgeschäftlichen Verkehr gut geeignet ist. Überdies hat sich die Vereinsform auch bei anderen Instituten, wie etwa beim Institut für Kommunalwissenschaften und Umweltschutz, bestens bewährt.

Das PrA hat sohin die beiliegenden Vereinsstatuten ausgearbeitet, die im wesentlichen folgenden Inhalt aufweisen:

Aufgabe des Vereines ist die Erstellung eines generellen Rahmenplanes einschließlich der Grundlagenforschung zur Sanierung und Revitalisierung der Linzer Altstadt und die Vorbereitung von Einzelplänen unter Berücksichtigung der im Altstadtbereich zu errichtenden Fußgängerzone (§§ 1 und 2). Die Mittel hierfür werden gemäß § 3 von der Stadt Linz, durch die außerordentlichen Mitglieder des Vereines sowie durch Subventionen und sonstige Zuwendungen aufgebracht. Die Mitglieder des Vereines, welche physische und juristische sein können, unterteilen sich in ordentliche Mitglieder, welche dem Verein durch aktive Mitarbeit dienen, und außerordentliche Mitglieder, die die Zwecke des Vereines wirtschaftlich fördern. Die §§ 5 bis 7 regeln den Beginn und die Beendigung der Mitgliedschaft sowie die Rechte und Pflichten der Mitglieder.

Die Organe des Vereines sind die Generalversammlung, der Vorstand und das Schiedsgericht (§ 8). Die Generalversammlung ist das Organ, dem alle Vereinsmitglieder angehören und das die generellen Entscheidungen trifft. Neben den aufgrund des Vereinsgesetzes zustehenden Obliegenheiten hat die Generalversammlung die Aufgabe, den Arbeitsausschuß zu bestellen, der nicht als eigenes Organ, sondern als Ausschuß der Generalversammlung zu verstehen ist (§ 9). Der Ausschuß besteht gemäß § 10 aus den beiden Geschäftsführern bzw. deren Stellvertretern, dem Schriftführer, dem Präsidenten für den fachlichen Bereich sowie den Experten für Altstadtfragen. Dem Arbeitsausschuß obliegt die Ausarbeitung von Vorschlägen an den Vorstand hinsichtlich der Sanierung und Revitalisierung der Linzer Altstadt. Der Vorstand (§ 11) setzt sich aus 2 Präsidenten und zwar einem für den organisatorischen und einem für den fachlichen Bereich, den 2 Geschäftsführern, dem Schriftführer, dem Finanzreferenten, dem Baureferenten, dem MD und je einem Vertreter der im StS (Stadtsenat) vertretenen politischen Parteien zusammen. Der

Vorstand entscheidet, in welcher Form die Vorschläge des Arbeitsausschusses realisiert werden sollen und veranlaßt die Befassung der Gremien der Stadt Linz hinsichtlich der einzelnen Vorschläge.

Die Geschäftsführung unterliegt gemäß § 12 der Kontrolle des KoA. Ein in § 13 geregeltes Schiedsverfahren entscheidet in allen aus diesem Vereinsverhältnis entstehenden Streitigkeiten endgültig. Im Falle der Auflösung des Vereines fällt das Vermögen gemäß § 14 der Stadt Linz zu.

Verrechnung

Die Kosten des Institutes (Administration, Aufwandsentschädigungen usw.) werden mit jährlich etwa S 500.000.– anzusetzen sein. Für die Erstellung der Konzepte sollte die Stadt Linz jährlich mindestens 1 Million Schilling bereitstellen.

Es wird vorgeschlagen, die für das Jahr 1980 gemäß § 3 der Statuten erforderlichen Mittel in Höhe von 1,5 Millionen Schilling freizugeben und auf der im Anweisungsrecht des KuA (Kulturamt) gelegenen VASt 1.363008.728200, sonstige Leistungen durch Unternehmen – Altstadtsanierung – Grundlagenforschung, zu verrechnen. Gleichzeitig wird auf dieser VASt eine Kreditüberschreitung von 1,5 Millionen Schilling bewilligt. Die Bedeckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Einsparung in gleicher Höhe auf der VASt 1.363005.776000, Kapitaltransfers – sonstige Unternehmen, Altstadterhaltung, zu erfolgen.

In den Amtsbericht wurde die am Beginn des Beitrages zitierte Resolution des Internationalen Symposions des Europarates (Krems 1975) aufgenommen. Hierdurch kommt zum Ausdruck, daß ich konsequent und zielstrebig in Zusammenarbeit mit den mitbeteiligten Dienststellen und Personen im Laufe von eineinhalb Jahrzehnten das angestrebte Ziel der Schaffung eines „interdisziplinären Organes“ für die Altstadtsanierung und -erneuerung in Linz erreichen konnte.

Zufolge meiner Pensionierung legte ich als „Außenstehender“ meine führende Funktion zurück, verblieb aber auf Wunsch des Magistratsdirektors und des Bürgermeisters als Mitglied des Vereines im Arbeitsausschuß. Im Verein wurde ich als Schriftführer geführt, doch hatte die Arbeiten (vor allem die Protokollführung der Sitzungen) der Schriftführerstellvertreter (Dr. Lauf) zu übernehmen, um mich für die sachliche Arbeit des Arbeitsausschusses zu entlasten. Als ich das 70. Lebensjahr überschritten hatte, legte ich meine Mitarbeit im Institut zurück.⁷⁶

DIE PLANUNG EINES PUBLIZISTIKAMTES UND DIE GRÜNDUNG VON LINZ AKTIV

Vorbereitende Maßnahmen

Von Anfang an war ich mir im klaren darüber, daß Publizistik eine wesentliche Aufgabe im Rahmen der Kulturverwaltung ist. Was ich darunter verstehe, habe ich in den Linzer Stadtmonographien unter Beweis gestellt.⁷⁷ Wesentliche Linien der Linzer Stadtentwicklung sollten verfolgt und aktuelle Probleme der Stadt von Experten beleuchtet werden. Daß die Monographien gut aufgenommen wurden, ist aus den Kritiken zu ersehen. Hier sei nur beispielhaft nachstehender Auszug aus dem Protokoll über die Stadtratsitzung vom 30. Juni 1952 vorgelegt:⁷⁸

Ferner berichtet B Dr. Koref, daß die Neuerscheinung „Das neue Linz“ von allen Seiten die denkbar beste Aufnahme gefunden hat. Es sind schon zahlreiche Zuschriften eingelangt, die dem Heft volle Anerken-

⁷⁶ Siehe Dok. 12.

⁷⁷ Hanns Kreczi, Die Linzer Stadtentwicklung im Spiegel der Linzer Stadtmonographien. In: HistJbL 1986, 297–360.

⁷⁸ AStL, StRP 1952, fol. 118.

nung zollten. Maler Kubin schrieb an die Frau des Bürgermeisters am 29. 6. 1952 unter anderem folgendes:

„Da ich schon die Feder in Händen halte, bitte ich Sie, Ihrem Gatten frohes Erstaunen über das prächtige „Das neue Linz“ auszurichten. – Ja, es ist erstaunlich und eine solche auch geschmacklich bedeutende Druck-Veröffentlichung ist kulturell epochemachend.“

B Dr. Koref bemerkte hiezu, daß er diese lobenden Worte an OMR Dr. Kreczi weitergeben werde und dazu folgendes zu vermerken beabsichtigte:

„Es ist mir peinlich, solche Ehren ‚einsticken‘ zu müssen, aber es freut mich außerordentlich, Ihnen gerade dieses Urteil mitteilen zu können.“

Das Lob ist ganz allgemein und wir alle sind sehr stolz darauf. Ich habe heute in der Sitzung des Stadtrates über diese einheitlich begeisterte Aufnahme ihrer jüngsten ‚Schöpfung‘ berichtet und bin berechtigt und ermächtigt, Ihnen den Dank und die Anerkennung des Stadtrates auszusprechen.“

Die Stadtmonographien sind nicht nur in der Öffentlichkeit gut aufgenommen worden, sie fanden auch von der höchsten Kulturstelle Österreichs eine besondere Anerkennung. Als mir am 28. Mai 1973 das Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst verliehen wurde, stellte das Bundesministerium für Unterricht in seiner Begründung der Verleihung nach den Ausführungen über meine Leistungen die Stadtmonographien besonders heraus: *Mit den Stadtmonographien hat Kreczi einen neuen Stil der Öffentlichkeitsarbeit entwickelt, indem er diese auf die Basis wissenschaftlicher Grundlagenforschung gestellt und sie mit moderner künstlerischer Gestaltung verbunden hat.*^{78a}

In den ersten Jahren nach meiner Bestellung zum Leiter des Kulturamtes war ich wohl einer der wichtigsten Zuarbeiter Korefs auf dem Gebiete der Publizistik, während die im Rahmen der Präsidialverwaltung eingerichtete Pressestelle für die kommunale Berichterstattung zuständig war. Ich dachte mir oft, daß es in der Stadtverwaltung eine Amtsstelle geben müßte, in der alle Fragen der Öffentlichkeitsarbeit zentral zusammengefaßt und systematisch betreut werden. Die bestehenden Verhältnisse waren aber durch die Verwaltungsgliederung festgeschrieben. Da trat ein Ereignis ein, das eine Chance zu bieten schien, meine Vorstellungen zu verwirklichen.

Die Eingliederung des Pressereferates in das Kulturamt

Als der Leiter der Presseabteilung im Präsidialamt Dr. Rudolf Scherbantin zur Beförderung heranstand, als Abteilungsleiter aber keinen Dienstposten A VII (Amtsleiterposten) erhalten konnte, fand das Personalamt einen Ausweg, indem es den mit dem Kulturverwaltungsdirektorposten in Personalunion verbundenen Leiterposten des Kulturamtes für Scherbantin freimachte.⁷⁹ Mit Verfügung des Bürgermeisters vom 12. Oktober 1959 wurde die Abteilung Presse in das Kulturamt eingegliedert, mit Stadtratsbeschuß vom 22. Dezember 1959 Scherbantin zum Leiter des Kulturamtes bestellt. Die Amtsübergabe erfolgte bereits am 9. Dezember 1959. Über den Aufgabenkreis und die Sonderangelegenheiten des KVD hinausgehend, die durch die Geschäftsordnung des Magistrates – GOM (§ 26 und 27) festgelegt sind, behielt sich der Kulturverwaltungsdirektor als Vorbehalsache im Sinne des § 55 der GOM die Leitung der (dem Kulturamt eingegliederten) Stadtbibliothek vor, bis ein Nachfolger für den in den diplomatischen Dienst abgewanderten Bibliothekar Dr. Altmüller zur Verfügung stehen würde.

^{78a} Privatarchiv Kreczi, Urkunde des Bundesministeriums für Unterricht.

⁷⁹ Dies und das Folgende: Privatarchiv Kreczi, Ablichtungen.

Die Eingliederung der Presseabteilung in das Kulturamt ließ mich die Möglichkeit annehmen, ein universales Amt für Publizistik im Rahmen der Kulturverwaltung zu errichten.

Die Berufung Herbert Langes

Die erste und wohl wichtigste Voraussetzung für die Realisierung dieses Planes war, eine geeignete Persönlichkeit zu finden.

Ich dachte daran, den vakanten Leiterposten der Stadtbibliothek mit einem solchen Fachmann besetzen zu lassen, zumal das weitere Bestehen der Stadtbibliothek damals schon in Frage gestellt wurde. Als ich gelegentlich eines persönlichen Gespräches mit Koref merkte, daß er sich arbeitsmäßig überlastet fühlte – er ließ in seiner Arbeit nicht nach, obwohl er damals schon im siebzigsten Lebensjahr stand – sagte ich, daß es doch möglich sein müßte, einen umfassend gebildeten Zuarbeiter, gewissermaßen einen „Kultursekretär“ für den Bürgermeister zu verpflichten. Ein wenig überrascht war ich, als Koref antwortete, er habe auch schon daran gedacht. Ich wies auf den damaligen Kulturredakteur der Oberösterreichischen Nachrichten Herbert Lange hin, den wir sehr gut kannten und hoch schätzten. Seit 1958 lief nämlich der Antrag der Stadt Linz auf Zuerkennung des Professortitels für Lange.⁸⁰ Koref war einverstanden, daß ich streng vertraulich die Verbindung mit Lange aufnehme. Nach einigen Gesprächen erklärte sich dieser grundsätzlich bereit, in den Dienst der Stadt zu treten. Nach dem Vorbild, wie Scherbantin auf den Posten des Kulturamtsleiters gehievt wurde, schlug ich vor, Lange zum Leiter der Stadtbibliothek zu berufen mit der Verpflichtung, dem Bürgermeister als Zuarbeiter zur Verfügung zu stehen. Koref stimmte zu, und der Vorschlag wurde im Rathaus positiv aufgenommen. So schrieb ich am 7. Juli 1960 an Lange:⁸¹

Zurückkommend auf unsere letzte Aussprache kann ich nun berichten, daß ich sowohl mit unserem Magistratsdirektor Dr. Humer als auch mit dem Herrn Bürgermeister gesprochen habe. Es besteht die Möglichkeit Ihrer Einstellung auf dem Dienstposten des Leiters der Stadtbibliothek (nicht der Büchereien der Stadt Linz), d. h. im besonderen die Abschließung eines Sondervertrages in der Höhe der Position eines Obermagistratsrates. Ihre in Aussicht genommene Zuteilung zur Stadtbibliothek würde Sie arbeitsmäßig kaum belasten, doch umso mehr die geplante Zuarbeit für den Bürgermeister. Wenn auch der Ausdruck „Literarischer Sekretär“ geprägt wurde, muß darauf hingewiesen werden, daß es sich um eine Arbeit nicht nur auf dem Gebiete der engeren Literatur, sondern vor allem auf den vielen Gebieten der Stadtverwaltung und darüberhinaus des Bürgermeisters handelt, der natürlich auch außerhalb des Magistrates liegende Verpflichtungen vieler Art hat.

Abschließend darf ich darauf hinweisen, daß die Angelegenheit streng vertraulich behandelt wurde und selbstverständlich auch weiterhin wird. Für eine etwaige noch gewünschte Besprechung stehe ich gerne zur Verfügung.

Am 13. August schrieb mir Lange:⁸²

Sehr geehrter Herr Senatsrat Dr. Kreczi,

Zunächst danke ich Ihnen aufrichtig für alle Ihre Bemühungen, die zu Ihrem Briefe vom 7. Juli 1960 und den anschließenden Gesprächen vom 19. Juli und 9. August geführt haben.

Wie ich Ihnen am 9. August bereits mitteilen durfte, habe ich mich entschlossen, die mir mit dem Briefe vom 7. Juli gebotene Möglichkeit, als Leiter der Stadtbibliothek und Sekretär z. b. V. des Herrn Bürgermeisters in städtische Dienste zu treten, zu ergreifen. Ich will mich mit allen Kräften bemühen und hoffe, daß es mir gelingen wird, den verschiedenen Erwartungen überzeugend gerecht zu werden.

⁸⁰ Die Titelverleihung erfolgte erst am 23. Jänner 1961.

⁸¹ ASTL, KVD-Akten, Sch. 80.

⁸² Ebenda.

Vom gleichen Tag datiert Langes Bewerbungsschreiben.⁸³

Lange wurde mit Sondervertrag vom 5. Dezember 1960 mit Wirkung vom 1. Jänner 1961 nominell als Leiter der Stadtbibliothek und Zuarbeiter zur besonderen Verwendung für den Bürgermeister eingestellt.⁸⁴

Kreczis Vorschläge: Stadtpublizistik und Vierteljahresschrift

Mit Schreiben vom 28. November 1960 machte ich Bürgermeister Koref den entscheidenden Vorschlag in Richtung Stadtpublizistik, der zum Buch „Leben in Linz“ und zur Realisierung der Zeitschrift „linz aktiv“ führte:⁸⁵

Mit 1. Jänner 1961 wird Herbert Lange nominell als Leiter der Stadtbibliothek und de facto als journalistischer Zuarbeiter für B eingestellt. Wenn er auch Agenden in der Stadtbibliothek nicht übernehmen wird, erscheint es doch wohl zweckmäßig, ihm neben den laufenden, aber doch wohl nur sporadischen Arbeitsaufträgen andauernde Aufgaben zu übertragen. Die gef. KV sieht eine solche in der Neuplanung des Amtsblattes. Der Gef. hat in einer einschlägigen Besprechung bei MD vorgeschlagen, das Amtsblatt nicht einfach wie bisher durch die Aufnahme von darstellenden Beiträgen und Bildern zu bereichern, sondern ein eigenes Beiblatt oder eine Beilage vorzusehen. Die verwaltungsmäßigen Belange des Presseamtes sind ja von den propagandistischen Interessen der Stadt durchaus verschieden. Sie sprechen auch ein anderes Publikum an. Das Beiblatt könnte auf besserem Papier mit Rücksicht auf die Bebilderung und mit einer größeren Auflage erscheinen und wirklich zu einem städtischen Propagandablatt ausgebaut werden. Mit der Aufgabe der Redaktion dieses Beiblattes sollte nach meiner Auffassung am besten Lange betraut werden. Er hätte mit der zweimonatlichen oder vierteljährlichen Beilage des Amtsblattes eine laufende Aufgabe, die ihn dauernd die Verbindung zu allen Dienststellen der Stadtverwaltung herhalten läßt. Die bisherigen Erfahrungen mit der 15-Jahres-Schrift haben gezeigt, daß die Arbeit nur in unbefriedigender Weise weitergeht, wenn niemand da ist, der ständig dahinter sein kann. Ich glaube, daß auch hier Lange eingesetzt werden könnte, ja, diese Aufgabe wäre geradezu ein glänzender Anlaß für die Einarbeitung und zugleich ein Prüfstein, inwieweit sich Lange in eine ihm zum guten Teil fremde Materie einleben kann. Ich möchte daher vorschlagen, daß Lange zu der erbetenen Besprechung über die 15-Jahres-Schrift miteingeladen wird.

Bürgermeister Koref vermerkte auf dem Schreiben, daß er mit dem Vorschlag bezüglich der 15-Jahres-Schrift sehr einverstanden sei und daß betreffend dem „Beiblatt“ die Kosten zu erheben seien, die aus der *sehr begrüßenswerten Realisierung der Anregung* entstehen würden.

Langes erste Arbeit: Leben in Linz

In Entsprechung meines Vorschlags hat Lange an den Besprechungen über die 15-Jahres-Schrift teilgenommen, erstmals am 16. Dezember 1960. Im Protokoll dieser Sitzung wird berichtet:⁸⁶

Herr Lange stellt die für die Abfassung der Schrift grundsätzliche Frage, an wen sich die Schrift richten wird. Soll sie für einen Leserkreis abgefaßt sein, der höheres Niveau besitzt oder nicht. In jedem Fall wird sie einen lebendigen Einblick in das Geschehen der Stadt zu vermitteln haben. B ist der Meinung, daß sich die Schrift an die Bewohnerschaft von Linz zu richten habe, weshalb die Schilderung der Begebenheiten

⁸³ Magistrat Linz, Personalamt, Personalakt Lange. Siehe Dok. 13.

⁸⁴ Ebenda.

⁸⁵ ASTL, KVD-Akten, Sch. 80. Siehe Dok. 14.

⁸⁶ ASTL, KVD-Akten, Sch. 67, 15-Jahres-Schrift, Sitzungsprotokolle.

wohl wissenschaftlich exakt, aber dennoch leicht faßlich sein müsse. Die Probleme sollen auch von einfachen Menschen erkannt und fortgeführt werden.

Am Ende der Sitzung stellte der Bürgermeister fest, daß die Schlußredaktion des Buches in den Händen des Kulturverwaltungsdirektors und Herrn Lange liegen solle. Da der Bürgermeister auf eine wissenschaftliche Bearbeitung verzichtete, habe ich im Einvernehmen mit dem Bürgermeister Lange vorgeschlagen, noch vor Weihnachten (1960) die vorliegenden Unterlagen für die 15-Jahres-Schrift zu studieren und über eine Disposition für eine volkstümliche Bearbeitung nachzudenken. Lange unterzog sich dieser Aufgabe und versäumte nicht, in Gesprächen mit den Mitarbeitern an der Schrift möglichst viele Bezüge zu erfassen. In der Arbeitsbesprechung beim Bürgermeister am 1. Februar 1961 legte Lange bereits seine Disposition vor. Sie wurde nach eingehender Diskussion allgemein gutgeheißen.

Mit Schreiben vom 1. September 1961 übermittelte Lange dem Bürgermeister das erste Vor- ausexemplar des Buches „Leben in Linz“ mit der befreienden Feststellung: *Der Auftrag, das Druckwerk Anfang September 1961 herauszubringen, darf damit als erfüllt gelten.* Lange hat die Erwartungen Korefs voll und ganz erfüllt. Dies kommt auch in seinem Vorwort des Buches zum Ausdruck: „Die nunmehr fällige 15-Jahres-Schrift mußte aber über aktenkundigen und statistischen Nachweis ein volkstümliches und staatsbürgerliches Lesebuch sein, mit welchem jedermann in Erinnerung gerufen wird, was wir alten und jungen, eingesessenen und zugewanderten Linzer miteinander geschaffen haben – zum Wohle der Stadt, die unsere Heimat ist, und gleichzeitig damit zum Wohle des Landes und ganz Österreichs!“

Der Plan eines Publizistikamtes

Das Lesebuch „Leben in Linz“ gab Zeugnis davon, daß Lange der richtige Mann war für die ins Auge gefaßten großen Aufgaben: den Aufbau eines Amtes und einer Zeitschrift für Stadt- publizistik, die im Rahmen der Kulturverwaltung realisiert werden sollten. In der Städtischen Kulturchronik 1960/61 habe ich die Aufgabe des neuzuschaffenden Amtes so formuliert:⁸⁷ „Durch die Berufung Professor Herbert Langes wird der Aufbau einer Stelle ermöglicht, die die publizistischen Aufgaben der Stadt in zunehmendem Maße erfüllen soll. Das Fernziel ist ein kommunalpublizistisches Amt, das nicht nur den Nachrichtendienst der Stadtverwaltung bedient, sondern initiativ sämtliche Kommunikationsmittel, also vor allem Schrift, Druck, Bild, Film, Funk und Fernsehen zur Stadtwerbung nach innen und außen fachmännisch nutzt.“ In zahlreichen Gesprächen wurden die notwendigen Arbeiten überlegt und die Weichen gestellt. Bürgermeister Koref war damit einverstanden, daß wir uns mit dem Fragenkomplex Stadtpublizistik beschäftigen und Vorschläge ausarbeiten. Als ich Arbeitsplatzbeschreibungen für das geplante Amt am 29. April 1961 vorlegte, schaltete sich der Magistratsdirektor Dr. Humer ein.

Mit Schreiben vom 12. Mai 1961 wandte er sich an den Bürgermeister:⁸⁸ *Da die Entscheidung hierüber (ein Amt für kommunale Publizistik zu schaffen) für den Personaleinsatz von grundsätzlicher Bedeutung ist, wird gebeten, in einer unter dem Vorsitz von B (Bürgermeister) in Anwesenheit von B. Stv. (Bürgermeisterstellvertreter) Grill, B. Stv. Gebhardt, MD (Magi-*

⁸⁷ Hanns Kreczi, Kulturverwaltung. In: Städtische Kulturchronik 1960/61, 3.

⁸⁸ Dies und das Folgende: ASL, API, Errichtung APF.

stratsdirektor), FD (Finanzdirektor), KVD (Kulturverwaltungsdirektor) und PrA (Präsidialamt) abzuhaltenden Besprechung die Entscheidung zu treffen. Mit Schreiben vom 10. Juli 1961 unterbreite ich dem Bürgermeister konkrete Pläne für das in Aussicht genommene Amt und die Vierteljahresschrift:

Prof. Lange ist derzeit vor allem mit den Abschlußarbeiten und der Herstellung der 15-Jahres-Schrift befaßt. Seine weitere Verwendung auf einem Gebiete, das ihm besonders liegt und das andererseits der Stadtverwaltung entsprechend nützt, ist wohl die zu stellende Aufgabe. Die KV hat wiederholt mit Prof. Lange darüber gesprochen. Als Ergebnis wird ein kurzes Exposé über „Aufgaben und Bedeutung eines kommunal-publizistischen Amtes“⁸⁹ vorgelegt, das Prof. Lange ausgearbeitet hat. Darin ist die theoretische Begründung für den Aufbau eines Presse- und Propagandaamtes gegeben, wie es wohl für eine Stadt wie Linz im Vergleich vor allem mit deutschen Städten als zeitgemäß und richtig angesehen werden muß. Dem Exposé ist eine Stellungnahme OMR Dr. Scherbantins angeschlossen, die sich positiv zu dem Plan einstellt.

Es ist selbstverständlich, daß der Aufbau eines derartigen Amtes nur schrittweise erfolgen könnte. Der finanzielle Aufwand würde nach Aufassung der KV durchaus vertretbar sein und sich auch im Rahmen des Möglichen halten. Prof. Lange braucht neben seiner Schreibkraft einen Sachbearbeiter, der nach Möglichkeit journalistisch vorgebildet ist. Ferner ist es notwendig die dringendsten Raumfragen zu lösen. Man wird wohl Lange einen Raum für ihn allein zuweisen müssen, aber mit einem zweiten Raum für seine Mitarbeiter und seine Kanzlei das Auslangen finden.

Das angestrebte kommunalpublizistische Amt ist für alle Belange der Stadtverwaltung publizistischer Natur zuständig, dient also allen Ämtern und Einrichtungen der Stadt. Die gef. KV ist an einem derartigen Amt durchaus interessiert und legt einen ersten konkreten Plan für die Arbeit dieses Amtes vor. Es sind Vorschläge für die Gestaltung einer Vierteljahresschrift (siehe Anlage), wie sie andere gleichartige Städte, vor allem in Deutschland längst verwirklicht haben.

Das Exposé über das angestrebte kommunalpublizistische Amt, sowie die konkrete Planung einer Vierteljahresschrift und eines Wochenanzeigers sollen Gegenstand einer Besprechung bei B sein, die schon wiederholt angesetzt, aber leider immer wieder verschoben wurde. Nunmehr ist sie für Samstag, den 15. Juli, 10.30 Uhr angesetzt.

Das Schreiben erging in Durchschrift auch an Magistratsdirektor, Präsidialdirektor und Prof. Lange. Der Magistratsdirektor ließ mich dringend rufen und eröffnete mir, daß zwar gegen ein Amtsreferat für kommunale Publizistik und auch gegen den Aufbau eines alle einschlägigen Belange der Stadtpublizistik umfassendes Amt kein Einspruch erhoben werde, daß aber dabei jedenfalls zu beachten sei, daß diese Aufgabe in den Zuständigkeitsbereich der Präsidialverwaltung gehöre, wie dies in allen österreichischen Stadtverwaltungen der Fall sei.⁹⁰ Ich mußte diese Entscheidung nolens volens einsehen und zur Kenntnis nehmen. Die erbetene Besprechung fand wie vorgesehen am 15. Juli 1961 unter dem Vorsitz des Bürgermeisters statt. Der Amtsvermerk des Präsidialamtes vom 22. Juli 1961 diente als Protokoll dieser Besprechung:

In der nun am 15. 7. 1961, 10.30 Uhr stattgefundenen Besprechung, an der unter dem Vorsitz des B MD OSR Dr. Humer, KVD SR Dr. Kreczi, OMR Dr. Scherbantin, Professor Lange und MR Dr. Schrenk teilnahmen, wurden im einzelnen folgende Feststellungen getroffen. KVD gab zunächst einen kurzen Überblick über Art und Umfang der Prof. Lange zugewiesenen Augaben und vertrat die Auffassung, daß es zweckmäßig sein werde, Prof. Lange, der bisher formell als Leiter der Stadtbibliothek fungiert habe (ein DP [Dienstposten], den er nach der DZVO [Dienstzweigverordnung] nicht einnehmen könne), nunmehr in einer seiner Vorbildung, seinem Wissen und seiner Erfahrung auf dem Sektor der Publizistik entsprechenden Weise einzusetzen. KVD verwies in diesem Zusammenhang auf ein von Prof. Lange ausgearbeitetes Exposé über „Aufgaben und Bedeutung eines KPA“ und teilte mit, daß er die darin gegebene theoretische Begründung für die Errichtung einer solchen Stelle vollinhaltlich teile.

⁸⁹ Siehe Dok. 15.

⁹⁰ Magistratsdirektor Dr. Humer hat die vorgelegten Unterlagen durchgearbeitet, wie aus seinen Randbemerkungen ersichtlich ist. Sie dienten als Leitbild für das neue Amt.

B gab bekannt, daß die im Exposé vertretenen Ziele und Auffassungen auf dem Gebiete der Kommunalpublizistik auch seinen Intentionen entsprächen und er daher die Absicht, Prof. Lange einen klar umrissenen Wirkungskreis zuzuweisen, voll billige. Der Vorschlag, neben Einzelpublikationen auch Periodika (insbesondere in Form einer Vierteljahresschrift und eines Wochenanzeigers aller Veranstaltungen in Linz) herauszugeben, wurde vom B begrüßt, jedoch gleichzeitig darauf hingewiesen, daß vorläufig eine Personalvermehrung damit nicht verbunden sein dürfe.

MD erklärte, daß er den im Exposé dargelegten Grundsätzen durchaus positiv gegenüberstehe und gleichfalls die Notwendigkeit einer „fachmännisch geleiteten kommunalpublizistischen Zentrale“ und des damit verbundenen wünschenswerten Kontaktes mit allen Schichten der Bevölkerung bejahe. Eine solche Stelle könnte jedoch entsprechend den Grundsätzen über die Verwaltungsgliederung weder exempt sein, noch – um mit den Worten Prof. Langes zu sprechen – „ein subalternes Konzeptbüro ohne Zusammenhang mit dem Leben“ bleiben. Die Aufgaben und Ziele der betreffenden Stelle seien so geartet, daß deren Einordnung im Rahmen der Präsidialverwaltung zweckmäßig erscheine.

Es war fast selbstverständlich, daß nunmehr Dr. Scherbantin bat, ein Presseamt einzurichten.⁹¹ Das neue Amt sollte die Agenden des bestehenden Pressereferates und ein Amtsreferat für kommunale Publizistik (unter der Leitung von Prof. Lange) umfassen. Der Magistratsdirektor setzte für 18. Oktober 1961 eine Besprechung an, betreffend die Errichtung eines Presseamtes unter Rückgliederung der Presseabteilung in die Präsidialverwaltung. Der Amtsvermerk des Präsidialamtes vom 26. Oktober 1961 hält hierüber fest:⁹²

MD weist eingangs darauf hin, daß die seinerzeit angestellten Überlegungen, wie Prof. Lange in die Stadtverwaltung eingebaut werden soll, dazu führt, daß im Rahmen der PrV (Präsidialverwaltung) ein Kommunalpublizistisches Referat geschaffen werden sollte. Er erinnert weiter daran, daß mit der Verlegung der Abt. Presse ins KuA (Kulturamt) eigentlich eine Regelung getroffen wurde, die dem Grundsatz, organisatorische Maßnahmen nur nach sachlichen Gesichtspunkten zu beurteilen, widersprach. Es war daher von vornherein klar, daß eines Tages die Abt. Presse wieder in den Rahmen der PrV zurückgegliedert werden müsse.

Der Leiter des KuA hat nunmehr einen Antrag auf Errichtung eines Presseamtes vorgelegt, in dem alle mit den Presseangelegenheiten zusammenhängenden Aufgaben zusammengefaßt werden sollen ...

KVD erklärt hiezu, daß sich durch eine Herauslösung der Presseabteilung für die KV keine besonderen neuen Aspekte ergeben. Der AL/KuA (Amtsleiter Kulturamt) war durch die Presseangelegenheiten soweit beansprucht, daß er wenig Zeit für KuA-Agenden fand. Er wird sich einer Rückgliederung daher nicht widersetzen.

Der Magistratsdirektor brachte nun die Angelegenheit vor den Bürgermeister. Die Besprechung fand unter Beziehung der Bürgermeisterstellvertreter Grill und Gebhardt sowie Magistratsdirektor und Präsidialdirektor am 13. Dezember 1961 statt: *Der Bürgermeister erklärte im Einvernehmen mit den übrigen Besprechungsteilnehmern, daß er gegen die beabsichtigte Schaffung eines Presseamtes unter der Voraussetzung keinen Einwand erhebe, daß KVD und der KuA/AL damit einverstanden sind.* Ich erklärte mich einverstanden, weil damals vorauszusehen war, daß mein Plan nach der damals schon bevorstehenden Pensionierung Korefs keine Erfolgsschancen haben werde.⁹³ Die bürokratischen Verhandlungen endeten mit der Verfügung

⁹¹ Vertrauliches Schreiben Scherbantins an MD vom 31. August 1961.

⁹² Dies und das Folgende wie Anm. 88.

⁹³ Wie sehr ich recht hatte, zeigte sich bald. Am 9. September 1962 ging Koref in Pension. Im Verwaltungsbericht der Stadt Linz 1962, 40 wird, das APF betreffend, berichtet: *Aufgrund einer Weisung von Bürgermeister-Stellvertreter Theodor Grill wurde am 5. Oktober 1962 in einer Besprechung mit dem Kulturverwaltungsdirektor folgendes festgelegt: Fachliche Publikationen aus Kunst und Wissenschaft obliegen der Kulturverwaltung, wohingegen stadt kundliche und stadtwerbende Schriften, Linzer Bilderbücher und Monographien, Fremdenverkehrspublikationen und Repräsentationswerke vom Amt für Presse und Fremdenverkehr zu bearbeiten sind.*

des Bürgermeisters vom 13. Juni 1961, betreffend die Errichtung eines Amtes für Presse und Fremdenverkehr:

Verfügung

Im Grunde des § 51 Z. 3) GSt und des § 22 Abs. 2 lit. 1) GOM wird nach Genehmigung des Stadtrates in seiner Sitzung vom 18. Juni 1962 mit Wirkung vom 1. 7. 1962 verfügt:

- 1) Die Abteilungen Presse und Fremdenverkehr werden aus dem KuA bzw. dem PrA ausgegliedert und zu einem Amt für Presse und Fremdenverkehr (APF) unter gleichzeitiger Eingliederung des Kommunalpublizistischen Referates und eines Amtsreferates Verwaltungsberichte vereinigt.
- 2) Zum Leiter des Amtes für Presse und Fremdenverkehr wird OMR Dr. Rudolf Scherbantin bestellt. Die Leitung des KuA übernimmt vorläufig der KVD, SR Dr. Hanns Kreczi.
- 3) Alle übrigen sich aus dieser Verfügung ergebenden personellen Veränderungen sowie die räumliche Unterbringung des Amtes werden gesondert geregelt.
- 4) Der Verwaltungsgliederungsplan ist wie folgt zu ändern:
Unter GG I, Präsidialamt, lit. c) ist die Abt. Fremdenverkehr zu streichen; nach dem Personalamt ist einzufügen
„3). Amt für Presse und Fremdenverkehr (APF)
a) Abteilung Presse
b) Kommunalpublizistisches Referat
c) Amtsreferat Verwaltungsberichte
d) Abteilung Fremdenverkehr“;
unter GG Ia, Kulturamt, lit. c) ist die Abt. Presse zu streichen;
die betroffenen Dienststellen der GG I sowie die Untergliederungen in PrA und KuA sind entsprechend durchzumerkern.

Der Bürgermeister:

Dr. Koref eh.

Dr. Scherbantin wurde am 11. September 1962 zum Amt für Presse und Fremdenverkehr abgeordnet. Am 29. Dezember 1962 wurde seine Abordnung mit Wirkung vom 1. Jänner 1963 in eine Versetzung umgewandelt. Prof. Lange wurde laut Verfügung des Präsidialamtes vom 11. September 1962 mit sofortiger Wirkung zum APF versetzt. Er übernahm die Leitung des kommunalpublizistischen Referates. So wurde schließlich die Ernte meiner Arbeit für die Errichtung eines stadtpublizistischen Amtes nach den bestehenden bürokratischen Spielregeln legal und konsequent der Kulturverwaltung abgenommen und der Präsidialverwaltung einverleibt.

Die Gründung von linz aktiv

Als Bürgermeister Koref meinen Vorschlag, die Stadtpublizistik mit einer *zweimonatlichen oder vierteljährlichen Beilage zum Amtsblatt*, also mit einem Periodikum als begrüßenswert bezeichnet und den Auftrag gegeben hatte, die Kosten festzustellen, sah ich den Weg freigegeben, eine stadtpublizistische Zeitschrift vorzubereiten.

Ich hatte mit Lange vereinbart, daß er bei einigen deutschen Städten Erkundigungen über deren publizistische Arbeiten einhole. Er konnte eine Übersicht über einschlägige Publikationen der Städte Köln, München, Berlin, Frankfurt, Hannover, Stuttgart, Augsburg, Ulm und Mannheim zusammenstellen. In etlichen Gesprächen mit Lange, einige auch unter Beziehung von Prof. Buchegger wurde die in Aussicht genommene Vierteljahresschrift entwickelt. Am 6. Juli 1961

⁹⁴ Siehe Abschnitt „Kreczis Vorschläge: Stadtpublizistik und Vierteljahresschrift“.

legte Lange „Vorschläge für die Gestaltung der Vierteljahresschrift“ vor.⁹⁵ Es handelt sich dabei vor allem um organisatorische und publikatorische Maßnahmen. Für die inhaltliche Seite legte Lange einen Schriftsatz „Vorbereitende Redaktion der Vierteljahresschrift“⁹⁶ vor, der mit 13. Juli 1961 datiert ist. Es geht dabei um die thematische Charakterisierung der Zeitschrift. Lange zitiert dabei mehrfach den für das Publikationswesen der Stadt Köln zuständigen Direktor Hans Ludwig Zankl (Aufsatz „Kommunale Publizistik“ in der Zeitschrift „Publizistik“, Bremen, November/Dezember 1960), dessen Zeitschrift „Köln“ er als vorbildlich für Linz nannte.

Die schwere Geburt

Bei allen Besprechungen hatte sich gezeigt, daß die Ideen Anklang fanden, aber die wichtigste Voraussetzung erst zu schaffen war: Die Finanzierung zur Realisierung der Pläne. Dies schien zunächst unlösbar. Im Budget nicht vorgesehene Ausgaben konnten nämlich nur durch die Genehmigung einer Überschreitung des zuständigen Haushaltspostens genehmigt werden. Eine Überschreitung für eine neue Zeitschrift zu erreichen, war aussichtslos.

Da kam mir der rettende Gedanke, mit der Vierteljahresschrift das Linzer Bilderbuch fortzusetzen. Darüber sei ein kleiner Exkurs gestattet, um den späteren Hergang verständlich zu machen. In der Weiterführung der „Publikationsoffensive“⁹⁷ welche ich in der Ära Koref gestartet hatte, führte ich mit dem Deutschen Kunstverlag München Verhandlungen, um einen Band „Linz“ in der Reihe der Städtemonographien des Verlages unterzubringen.

Verlagsleiter Ernst Hermann teilte am 1. Juli 1958 mit:⁹⁸

Wir erhalten das Manuskript und die Fotovorlagen für die Bebilderung zur Verfügung und erwarten eine garantierte Abnahme von 1500 Stück des Buches zum ermäßigten Preis von DM 9.–. Als Umfang haben wir etwa 48 bis 64 Seiten Text und 80 ganzseitige Bilder vorgesehen . . .

Der Band „Linz“ wird genau wie der Band „Salzburg“ dank der Zugehörigkeit zu der Reihe unserer Städte- und Landschaftsbände durch den Vertrieb im gesamten Bundesgebiet auch in allen Teilen Deutschlands bekannt werden. Daß selbstverständlich der Vertrieb auch in Österreich in der gleichen Form durchgeführt wird, brauche ich nicht zu erwähnen.

In den Budgetverhandlungen für 1959 wurden hiefür S 90.000.– bewilligt, die der Stadtrat in seiner Sitzung vom 23. Februar 1959 freigab. Im Amtsbericht schrieb ich: *Dr. Justus Schmidt hat die besten Aufnahmen, die kunstgeschichtlich oder historisch im Linzer Stadtbild wertvoll sind, ausgewählt, um sie zu dem geplanten Linzer Bilderbuch zu vereinen.*

Das „Linzer Bilderbuch“ konnte 1960 mit einem Band über das neue Linz unter den gleichen Bedingungen weitergeführt werden. Der Stadtrat beschloß hiefür in seiner Sitzung vom 31. Oktober 1960 die Freigabe von S 90.000.–. Im Amtsbericht wird ausgeführt:⁹⁹ *Die Aufnahmen für das Linzer Bilderbuch 1960, nämlich die Darstellung des modernen Linz in baulicher Hinsicht (im Anschluß an das die historischen Bauten betreffende Buch über Linz von Dr. Justus*

⁹⁵ AStL, API, Errichtung APF. Siehe Dok. 16.

⁹⁶ Ebenda. Siehe Dok. 17.

⁹⁷ Hanns Kreczi, Linzer Kulturpolitik miterlebt und mitgestaltet. In: HistJbL 1992, 164 ff.

⁹⁸ AStL, KVD-Akten, Sch. 67.

⁹⁹ AStL, KVD-Akten, Sch. 70.

Schmidt), sind so gut wie abgeschlossen. Als Autor zeichnet, wie beim historischen Werk, der Kunsthistoriker Dr. Justus Schmidt.

Für die Fortsetzung des Linzer Bilderbuches wurden S 90.000.– in das Budget 1961 aufgenommen. Da lag der Gedanke nahe, das Linzer Bilderbuch 1961 in der Form einer Zeitschrift weiterzuführen. Damit waren auch die wesentlichsten Modalitäten einer Verlagsvereinbarung gegeben: Die Stadt stellt den Autor mit Manuskript und Bebilderung und übernimmt einen größeren Teil der Auflage zu einem ermäßigten Stückpreis. Bürgermeister Koref und Finanzreferent Grill waren einverstanden, daß ich die Zeitschrift auf dieser Grundlage vorbereite. Dann befaßte der Bürgermeister das Magistratspräsidium mit dieser Angelegenheit. Hierüber und über den Stadtratsbeschuß ist im Protokoll über die Sitzung des Stadtrates am 18. September 1961 folgendes vermerkt:¹⁰⁰

Bürgermeister Dr. Koref berichtet über das Linzer Bilderbuch und verliest folgenden Amtsbericht: „Im Sinne der Rücksprache mit B und BStv Grill soll das ‚Linzer Bilderbuch‘, von dem in einem 1. Band das alte Linz und in einem 2. Band das neue Linz bearbeitet wurde, nunmehr in Form einer Vierteljahresschrift herauskommen. Der Umfang der Zeitschrift (Einzelnummer) wird mit 64 Seiten angenommen, die Auflage zunächst mit 2000 Exemplaren festgesetzt. Als Herausgeber soll der Linzer Kulturverein fungieren, dem auch die Zusammenarbeit mit der Redaktion (Prof. Lange) obliegt. Die erste Nummer soll im Oktober I. J. erscheinen.“

B. Dr. Koref beantragt, der Stadtrat beschließe: „Für das ‚Linzer Bilderbuch‘ (Vierteljahresschrift) werden S 90.000.– freigegeben. Die Bedeckung ist auf der HSt 351-60 gegeben.“ BStv Grill verweist darauf, daß nach dem letzten Stand der Dinge nicht der Linzer Kulturverein, sondern der Magistrat als Herausgeber fungieren soll.

Hier muß ich die Protokollwiedergabe unterbrechen und einen Bericht einfügen, den ich als Vorsitzender des Linzer Kulturvereines¹⁰¹ in der Vereinssitzung vom 15. September 1961 gegeben habe:¹⁰²

Die Vierteljahresschrift soll unter der Redaktion des bewährten Fachmannes Herrn Prof. Lange als offizielle Vertretung der Kulturarbeit in Form einer Zeitschrift erscheinen. Die Mittel konnten von der Kulturverwaltung aus dem Konto Linzer Bilderbuch für 1961 zur Verfügung gestellt werden und sind auch für 1962 bereits gesichert. Die erste Nummer soll Anfang Dezember herauskommen. Es war geplant, daß nicht der Magistrat, sondern der Kulturverein als Herausgeber zeichnet, also nicht eine offizielle Stelle. Dieser Vorschlag entstand aus der Überlegung, daß ein Verein viel unabhängiger ist und vor allem, weil die städtische Kulturarbeit unter dieser Firmierung viel besser eingeordnet, bewertet, kritisiert usw. und damit eine gewisse Kulturpropaganda betrieben werden kann. Die Präsidialsitzung hat sich gegen diese Auffassung ausgesprochen und den Standpunkt vertreten, daß die Stadt, wenn sie schon den Hauptanteil der finanziellen Last trägt, auch als Herausgeber auftauchen soll. Über den Verlag wurde in der Präsidialsitzung kein Beschuß gefaßt, doch hat Herr Bürgermeister in einer nachträglichen Aussprache der Verlagswahl zugestimmt.

Im (obgenannten) Stadtratsprotokoll wird weiter ausgeführt:

B Dr. Koref zitiert einen diesbezüglichen Beschuß des Magistratspräsidiums:¹⁰³

¹⁰⁰ AStL, StRP 1961, fol. 65.

¹⁰¹ Linzer Kulturverein. Konstituierende Versammlung 12. Juni 1961. Bestätigung der Sicherheitsdirektion für Oberösterreich am 15. Juni 1961. Vereinszweck nach den Statuten: Förderung der Linzer Kulturarbeit, insbesondere die Unterstützung der Kultureinrichtungen der Stadt Linz (AStL, KVD-Akten, Sch. 14).

¹⁰² AStL, KVD-Akten, Sch. 14, Linzer Kulturverein, Sitzung vom 15. September 1961.

¹⁰³ AStL, Verwaltungsarchiv, Magistratspräsidium 1952–1962, Sch. 19, Sitzung vom 12. September 1961, Pkt. 6, Linzer Bilderbuch.

- „1.) Das Linzer Bilderbuch ist als Vierteljahresschrift aufzulegen. Die einzelnen Bände sollen jeweils im Winter, im Sommer und im Herbst herausgegeben werden. Als 1. Ausgabe ist ein Winterheft vorzusehen, das zweckmäßigerweise bereits im Dezember 1961 erscheint.
- 2.) Die Zeitschrift soll einen offiziellen Charakter besitzen. Als ihr Herausgeber hat daher nicht der Linzer Kulturverein, sondern der Magistrat Linz, Kulturverwaltung, aufzutreten.
- 3.) Als Verfasser der Zeitschrift hat Prof. Lange zu fungieren.
Die Zusage von KVD, daß der Genannte zusammen mit einer Schreibkraft ohne Inanspruchnahme eines weiteren Personals in der Lage ist, die einzelnen Bände der Zeitschrift jeweils zeitgerecht auszuarbeiten, wird zur Kenntnis genommen.
- 4.) Die Erklärung des KVD, daß mit der Freigabe eines Betrages von S 90.000.– im heurigen Jahr und mit einer weiteren Zuweisung von S 90.000.– im nächsten Jahr die Herausgabe der Zeitschrift für ein ganzes Jahr (4 Bände) sichergestellt ist, wird gleichfalls zur Kenntnis genommen.¹⁰⁴ Unter Bedachtnahme auf diese Tatsache wird die Freigabe des Betrages von S 90.000.– im heurigen Jahr befürwortet. Dem StR ist ein entsprechender Antrag vorzulegen.“

In diesem Protokoll ist ausdrücklich vermerkt, daß ich nur durch die persönliche Übernahme der Verantwortung für die Schrift die Zustimmung des Magistratspräsidiums erreichen konnte und zwar laut Punkt 3 hinsichtlich der Bearbeiter und laut Punkt 4 hinsichtlich der Finanzierung.

Auch in der abschließenden Diskussion hat mich Bürgermeisterstellvertreter Grill mit meiner Erklärung im Magistratspräsidium zitiert, daß die Schrift bei einem Mißerfolg nach einem oder zwei Jahren wieder eingestellt werden solle.

Die Diskussion selbst zeigte, daß sich die Politiker sehr kritisch äußerten und Bürgermeister Koref Mühe hatte, einen positiven Entscheid zu erwirken. Das Protokoll berichtet darüber:

StR Hillinger fragt, ob in diesem Linzer Bilderbuch nur Bilder aus dem Linzer Kulturleben veröffentlicht werden, oder auch Bilder über Aufbauleistungen.

B Dr. Koref erläutert, daß es sich um eine Zeitschrift handeln wird, die über verschiedenste Ereignisse aus dem kommunalen Bereich berichten wird. Es soll so eine reich bebilderte laufende Chronik geschaffen werden. Die Zeitschrift soll im Handel verkauft werden und ein Teil der Ausgaben soll außerdem durch Annseratenannahme gedeckt werden.

StR Hillinger erklärt, schon wiederholt angeregt zu haben, anlässlich der Fertigstellung von Neubauten Einzelpublikationen über das betreffende Bauwerk herauszugeben, damit die Öffentlichkeit mit den Leistungen der Stadt vertraut gemacht wird. Solche Einzelpublikationen wären billiger als eine laufende Zeitschrift, die keine so gute Breitenwirkung erreichen könne.

B Dr. Koref betont, daß nur für die erste Nummer ein Betrag von S 90.000.– erforderlich sei, da hier noch gewisse Einführungskosten berücksichtigt werden müssen.

StR Hillinger spricht die Befürchtung aus, daß damit eine weitere Publikation geschaffen werde, die, wie manche andere, nur im Geschenkwege anbringlich sei, aber von niemandem gekauft werde. Es wären daher Einzelpublikationen vorzuziehen, die von vornherein für eine kostenlose Verteilung an die Bevölkerung gedacht seien.

B Dr. Koref erwidert, daß die Publikationen des KuA stets allgemeine Anerkennung gefunden haben. Von der neuen Publikation kann erwartet werden, daß sie bei der Bevölkerung Anklang findet und auch gekauft wird. Einzelpublikationen, wie sie z. B. von Wien herausgegeben werden, würden wesentlich mehr kosten.

MD berichtet, daß dieser Antrag im Magistratspräsidium sehr eingehend beraten wurde. Dabei wurde auch festgehalten, daß die Kosten durch den Verkauf und Inseratenannahme gesenkt werden müssen. Diese Vierteljahresschrift soll die kommunalpolitischen Anliegen in einer Art an die Bevölkerung heran-

¹⁰⁴ Damit war festgelegt, daß die Budgetmittel (jährlich S 90.000.–) für das Linzer Bilderbuch 1961 und 1962 der Zeitschrift linz aktiv gewidmet werden. Die Budgetmittel für 1963, 1964 und 1965 wurden für Justus Schmidts Buch „Linz in alten Ansichten“ verwendet.

tragen, die bisher noch nicht gepflegt wurde. Der gleiche Weg wurde von anderen Städten bereits begangen. B Dr. Koref betont, die Vierteljahresschrift solle eine lebendige Ergänzung des Rathaus-Pressedienstes werden. BStv Grill berichtet, daß KVD im Magistratspräsidium ausdrücklich erklärt habe, falls die neue Publikation nicht den erwarteten Verkaufserfolg erziele, solle sie nach einem oder zwei Jahren wieder eingestellt werden.

Auf Fragen von BStv Dr. Koch und BStv Gebhardt berichtet MD, daß ein Verzicht auf den Inseratenteil aus finanziellen Gründen nicht möglich sei. Die Inserate sollen jedoch an den Schluß gestellt und nicht über den ganzen Textteil verteilt werden. StR Reichstetter betont, wenn die Neupublikation an die Bevölkerung herangetragen werden solle, müsse sie so geschrieben sein, daß sie alle Kreise anspreche. Sie müsse also in Stil und Aufbau volkstümlich gestaltet werden.

MD faßt zusammen, daß die Stadt somit in Zukunft in drei verschiedenen Publikationen über die kommunalpolitischen Belange berichten werde und nennt hier

- 1.) den Verwaltungsbericht, der in den Hauptteilen alljährlich von B Dr. Koref im Gemeinderat vorgetragen werden soll
- 2.) den laufenden Rathaus-Pressedienst und
- 3.) die neue Vierteljahresschrift.

Daneben werden noch die verschiedenen Jahrbücher des KuA erscheinen.

Schließlich wurde der Antrag einstimmig angenommen. Damit war der Gang durch den bürokratischen und politischen Dschungel geschafft und der Weg frei für praktische Arbeit, die allerdings schon früher begonnen hatte.¹⁰⁵ Durch die Beschlüsse der zuständigen Kollegialorgane Magistratspräsidium und Stadtrat lagen nunmehr konkrete Entscheidungen vor, nach denen sich die weiteren Arbeiten zu richten hatten. Festgelegt waren damit die Gründung einer Vierteljahresschrift (vier Hefte pro Jahr), die Herausgeberschaft des Magistrates, der Umfang der Einzelnummer mit zirka 64 Seiten, die Auflage pro Heft mit zirka 2000 Exemplaren, die Bestellung Langes als alleinbestimmenden und verantwortlichen Redakteur, S 90.000.– Zuschuß für die Herstellerfirma pro Jahr (4 Hefte) gegen Lieferung einer entsprechenden Anzahl von Freiemplaren für Geschenk- und Werbezwecke. Nicht angeschnitten wurde die Verlagsfrage.

Die Verlagsfrage

In den „Vorschlägen“ Langes ist vermerkt, daß die Verlagsanstalt Lentia sich für die verlegerische Betreuung der Vierteljahresschrift interessierte; dies war aber zunächst unbeachtet geblieben, weil – wie üblich – Anbote von verschiedenen Firmen eingeholt oder durch Ausschreibung beschafft werden sollten.

Die Entscheidung der Verlagsfrage wurde aktuell, als sich herausstellte, daß Lange eine besondere persönliche Querverbindung zur Verlagsanstalt Lentia hatte. Zusammen mit der Geschäftsführerin des Lentia-Verlages Marga Pollak hat er das Buch „Der Altar von Kefermarkt“ verfaßt.¹⁰⁶

Der damalige Chefredakteur der Oberösterreichischen Nachrichten Walter Pollak und seine

¹⁰⁵ Ich darf an die Ausführungen über den Arbeitseinsatz Langes erinnern, insbesondere an die Einholung einschlägiger Informationen aus österreichischen und deutschen Städten, an das Kölner Vorbild (Bericht Langes vom 13. Juli 1961) und nicht zuletzt an Langes Vorschläge für die Gestaltung der Vierteljahresschrift vom 6. Juli 1961.

¹⁰⁶ Die Buchproduktion des Verlages umfaßte drei Werke: Rupert Feuchtmüller – Marga Pollak, Die steinerne Bibel; Marga Pollak – Herbert Lange, Der Altar von Kefermarkt und Stift Göss, Geschichte und Kunst. Mit Beiträgen von Heinrich Appelt u. a. Die Bücher samt Besprechungen scheinen in den ersten Nummern von linz aktiv als Anzeige auf.

Ehefrau Marga hatten die Verlagsanstalt Lentia Ges.m.b.H. Wien – Linz – München mit dem Sitz Linz, Steingasse 14b, gegründet. Die Eintragung der Firma in das Handelsregister war am 23. Juni 1960 erfolgt.¹⁰⁷ Als die Verlagsfrage für linz aktiv zu entscheiden war, fiel mir auf, daß sich Walter Pollak für die Rede Korefs zur Ausstellungseröffnung der Kunstschule am 28. Juni 1961 besonders interessierte. Er schrieb am 7. Juli 1961 – Die „Vorschläge (Langes) für die Gestaltung der Vierteljahresschrift“ mit der Bekundung des Interesses der Verlagsanstalt Lentia datieren vom 6. Juli 1961 – an Koref:¹⁰⁸ *Aus dem Stenogramm unseres Mitarbeiters, der der Eröffnung der Schülerausstellung der Kunstschule der Stadt Linz beigewohnt hatte, entnehme ich, daß Ihre Rede äußerst interessante Perspektiven zur Frage der Kunsterziehung eröffnet hat.* Pollak bat um die Genehmigung, Auszüge aus der Rede in den Oberösterreichischen Nachrichten veröffentlichen zu dürfen.¹⁰⁹ Diese Aktion ließ auf ein besonderes Interesse Pollaks an der Vierteljahresschrift schließen.

Ich rief Pollak kurzerhand an, konnte sein Interesse feststellen und riet ihm, an den Bürgermeister direkt heranzutreten.

Nun war ich für eine direkte Vergabe des Auftrages an den Lentia-Verlag, zumal aufgrund der Zusammenarbeit Marga Pollak/Herbert Lange eine zufriedenstellende Arbeit zu erwarten war. Koref zögerte aber im Hinblick auf die Gepflogenheit, Anbote mehrerer Firmen einzuholen, *doch hat Herr Bürgermeister in einer nachträglichen Aussprache der Verlagswahl zugestimmt*, wie ich in meinem Bericht im Kulturverein mitgeteilt habe.¹¹⁰ Dies geschah offenbar aufgrund einer Kontaktnahme des Chefredakteurs der Oberösterreichischen Nachrichten mit Koref, die ich Pollak empfohlen hatte.

Der mit Dezember 1961 bestellte Erscheinungszeitpunkt der Schrift verlangte von allen Beteiligten einen intensiven Arbeitseinsatz. Der 15. Dezember 1961 war dann ein schöner, ja ein stolzer Tag, als die erste Nummer vor uns lag: „linz aktiv. Vierteljahresschrift für Stadtkultur und städtisches Leben.“ Schon aus dem Titel war zu ersehen, daß es sich um eine Schrift der Städtepublizistik und nicht bloß um kommunale Berichterstattung handelt. Lange hat in der ersten Nummer von linz aktiv die Grundabsichten seines Programmes in origineller Weise präsentiert:¹¹¹

linz aktiv

linz aktiv	will aus aller Welt berichten, was in und für Linz von Bedeutung ist.
linz aktiv	wird aus dem Großraum Linz behandeln, was auch außerhalb dieses Lebensbereiches gültig und beachtenswert ist.
linz aktiv	wird Gegenwärtiges registrieren und nach Möglichkeit im Zusammenhang mit Vergangenheit und Zukunft sehen sowie kommentieren.
linz aktiv	will also in Raum und Zeit Bezüge spürbar machen, die uns berühren. „Bezüge gibt's überall, und Bezüge sind das Leben“, schrieb Goethe am 29. Januar 1830 an Zelter. Das gilt in sich stetig erweiterndem Ausmaß noch heute.

¹⁰⁷ Der Verlag bestand nur dreieinhalb Jahre. Mit Beschuß der Generalversammlung der GesmbH Lentia vom 10. Jänner 1964 wurde die Gesellschaft aufgelöst und die Liquidation mit 1. Jänner 1964 am 24. Jänner angemeldet. Unterlagen Privatarchiv Kreczi, Mappe Verlage. Vgl. Hanns Kreczi, Buchverlage und Buchgemeinschaften. In: Kulturhandbuch 2. Linz 1965, 193 ff.

¹⁰⁸ Das Schreiben ist noch vorhanden. AStL, Koref-Akten, Sch. 200.

¹⁰⁹ Der Artikel erschien in den OÖN am 26. Juli 1961.

¹¹⁰ Siehe Anm. 102.

¹¹¹ linz aktiv 1 (Winter 1961/62), 4.

- linz aktiv will ein vielfältiger Plan solcher Lebensverflechtungen werden und beschränkt sich deshalb nicht programmatisch. Kultur und Wirtschaft, Technik und Verwaltung, Soziätät und Geselligkeit, Natur und Volkstum – kurzum das Leben in der Vielfalt und im Wechsel seiner Aspekte – bieten sich thematisch an.
- linz aktiv will sich bei der Verwirklichung dieser Pläne an einen Leitgedanken des deutschen Publizisten und Schriftstellers Theodor Fontane halten, der in einem Brief vom 24. Juli 1884 erklärte: „Es ist aber möglich, jeden Stoff, auch die Frage Kanalisation oder Abfuhr, interessant zu behandeln, nicht durch jene in den Börsenberichten Mode gewordene Witzsprache, sondern einfach durch Kunst des Stils, durch Klarheit.“
- linz aktiv will die Forderung nach Klarheit und Stil auch in seiner graphischen Gestalt erfüllen. Herbert Lange

Ein Wermutstropfen hemmte aber die Freude und das Genießen des errungenen Erfolges. Ich mußte daran denken, daß linz aktiv nur die erste Aufgabe einer Amtsstelle war, die nach meinem Plan im Rahmen der Kulturverwaltung hätte aufgebaut werden sollen. Der Magistrat hatte damals schon deren Eingliederung in die Präsidialverwaltung bestimmt, sodaß die Ausgliederung des publizistischen Arbeitsbereiches aus der Kulturverwaltung in naher Zukunft zu erwarten war.

Der Kontrollamtsbericht vom 4. September 1962

Um eine ordnungsgemäße Übergabe der Zeitschrift linz aktiv garantieren zu können, ließ ich die Gebarung des Verlages durch das Kontrollamt der Stadt überprüfen. Der Prüfungsbericht stellt einleitend fest:¹¹²

Das KoA (Kontrollamt) wurde mit Wissen und Einverständnis des Herrn BStv Grill vom KVD ersucht, die Abrechnung für die bisher erschienenen 3 Nummern von „linz aktiv“ zu prüfen. Im Lentia-Verlag war zu dieser Zeit wegen Urlaubs geschlossen. Eine sofortige Fühlungnahme mit Chefredakteur Pollak ergab, daß dieser erst die erforderlichen Unterlagen ausheben werde. (Die Belege befanden sich in der allgemeinen Ablage.) Aus diesem Grunde konnte die Prüfung nicht sofort, sondern erst am 16. 6. durchgeführt werden. Nach erfolgter Prüfung ergaben sich in verschiedenen Punkten Abweichungen von der vorgelegten Abrechnung, die dem (nebenberuflichen) Buchhalter vorgelegt wurden. Erst heute langte seine Stellungnahme ein. Dies ist der Grund, warum der Bericht erst heute endgültig abgeschlossen werden kann ... Die Abrechnung wurde vom Prüfer auf die in den Textziffern 3–8 geschilderte Art erstellt, und zwar unabhängig von der Aufstellung, die Herr Chefredakteur Pollak am 28. 7. 1962 in der KV des Magistrates abgegeben hat. Sie brachte folgendes Ergebnis:

AUFLAGE

Heft 1	Heft 2	Heft 3	
720	743	700	Exemplare für Magistrat
627	579	95	Werbe- und Freiemplare
240	227	155	Kommissionsexemplare für Buchhandel
1.587	1.549	950	Insgesamt/Auflage

¹¹² ASTL, KVD-Akten, Sch. 26.

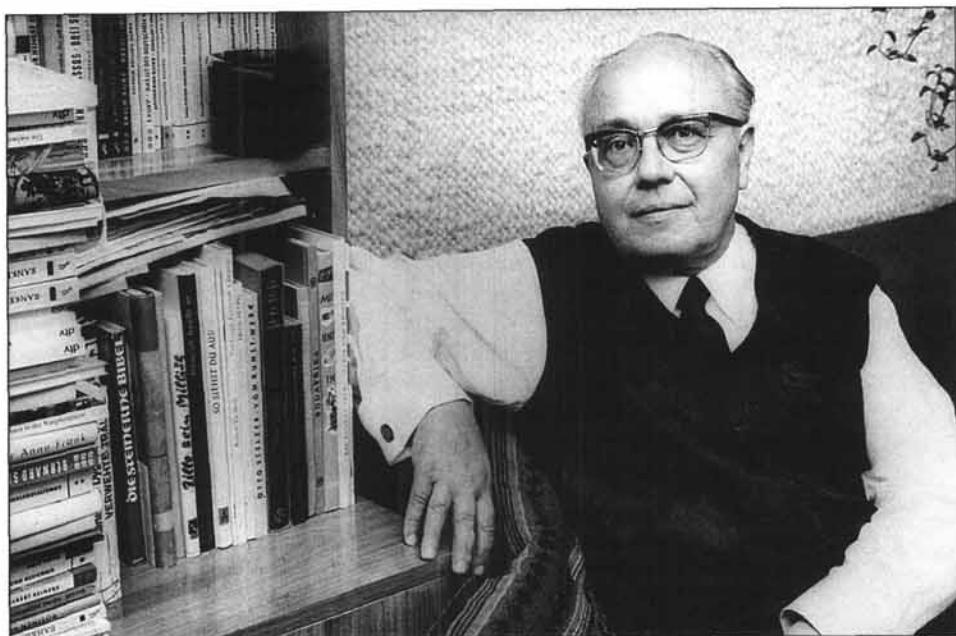


Abb. 4: Prof. Herbert Lange (Foto: AStL, Dokumentation).

AUFWAND

Heft 1

Druck Amon & Co, Linz	S 32.687.–
Firma Krammer, Klischees	S 6.338.50
Honorare	S 4.860.11
Mag. Linz, Anz.-Abg	S 1.700.–
	S 45.585.61

Heft 2

Druck Amon & Co, Linz	S 36.582.–
Firma Krammer, Klischees	S 10.069.95
Honorare	S 3.834.–
	S 50.485.95

Heft 3

Druck Amon & Co, Linz	S 31.389.–
Firma Krammer, Klischees	S 5.933.–
Honorare	S 1.088.70
Verschiedene Belege, Provisionen,	
Verwaltungskosten, Umsatzsteuer	S 30.079.09
Gesamter Aufwand	S 164.561.35

ERTRÄGE

a) Inserate	S 110.687.83
b) 103 Abonnenten à S 60.–	S 6.180.–
ab 1/4 für Heft 4	S 1.545.–
c) Verkauf 11 Hefte à S 17.50	S 4.635.00
	S 192.50
	S 115.515.33
d) Subvention (Mag. Linz)	S 90.000.00
Gesamte Erträge	S 205.515.33

REKAPITULATION

Aufwand	S 164.561.35
Erträge	S 205.515.35
Überschuß aus Heft 1–3	S 40.953.98
Ohne Zahlung der (ersten) Subvention wäre ein Verlust von S 49.046.– entstanden.	
Vorausberechnung für Heft 4 und 5	
Kosten für Heft 4 und 5	S 128.028.00
Erlöse aus Heft 4 und 5	S 145.469.00
Überschuß aus der Vorausberechnung für Heft 4 und 5	S 17.441.00
Vortrag des Überschusses aus der Abrechnung für Heft 1–3	S 40.954.00
Gesamtüberschuß vor Auszahlung der zweiten Subvention (S 90.000.–)	S 58.395.00

Zum Kontrollamtsbericht hat der städtische Finanzdirektor Dr. Höfinger am 21. September 1962 Stellung genommen:¹¹³

Wie die Prüfung nachweist, hat die Abrechnung der Hefte 1 bis 5 Kosten in der Höhe von S 292.589.– und Erträge von S 350.984.– erbracht, was einen Nettoüberschuß von S 58.395.– bedeutet. Dieses 20%ige Reinergebnis ist sehr bedeutend und es muß daher die Frage aufgeworfen werden, ob die jährliche Subvention der Stadtgemeinde in der Höhe von S 90.000.– nicht etwas zu hoch geraten ist. Die Stadtverwaltung erhält zwar dafür 700 Freiexemplare und legt man die S 90.000.– auf diese Hefte um, so kostete die Stadtverwaltung ein solches S 128.50 (Einzelpreis S 17.50).

Der Stadtrat hatte jedoch in seiner Sitzung vom 9. Juli 1962 die (zweite) Subvention bereits bewilligt – und es blieb auch dabei. Die großzügige Entscheidung konnte aber die damals bereits in Schwierigkeit geratene Verlagsanstalt Lentia nicht mehr retten.

Für linz aktiv Nummer 6 (Frühjahr 1963) zeichnete die Stadt Linz nicht nur (wie bisher) als Herausgeber, sondern auch als Verleger. Der Verlag Lentia sorgte laut Impressum nur für die Annoncen und den Vertrieb.

Der Verlag bestand bloß dreieinhalb Jahre. Mit Beschuß der Generalversammlung der GesmbH Lentia vom 10. Jänner 1964 wurde die Gesellschaft aufgelöst und die Liquidation mit 1. Jänner 1964 angemeldet.¹¹⁴ Ab Nummer 7 hat die Linzer VerlagsgesmbH Amon den Verlag zu den gleichen Bedingungen wie die Verlagsanstalt Lentia übernommen.¹¹⁵

Herbert Langes Weiterarbeit im Amt für Presse und Fremdenverkehr

Nach seiner Versetzung in das neugegründete Amt für Presse und Fremdenverkehr (APF) hat Lange nicht nur seine Verpflichtung als Zuarbeiter „zur besonderen Verwendung“ des Bürgermeisters treu erfüllt,¹¹⁶ sondern auch sein stadtpublizistisches Programm unerschütterlich

¹¹³ ASL, Grill-Akten, Sch. 43.

¹¹⁴ Privatarchiv Kreczi, Mappe Verlage. Vgl. Hanns Kreczi, Buchverlage und Buchgemeinschaften. In: Kulturhandbuch (wie Anm. 107), 193 ff.

¹¹⁵ ASL, Neue Urkunden 1951–1980, Nr. 631107 B. Bedingungen: Jährlich vier Hefte, Auflage mindestens 1.200, 700 Freiexemplare für die Stadt, S 90.000.– für vier Hefte Subvention, Umfang pro Heft mindestens 64 Seiten, die Stadt stellt unentgeltlich Manuskripte und Bildmaterial zur Verfügung, Mitarbeiterhonorare zahl der Verlag, Vertragskündigung zum 30. September, bei Nichtkündigung automatische Vertragsverlängerung auf ein weiteres Jahr.

¹¹⁶ Noch für Korefs Nachfolger Bürgermeister Aigner hat Lange Zuarbeiterdienste geleistet. Langes Aufzeichnungen über seine Bürgermeisteraufträge liegen in seinem Nachlaß beim Adalbert-Stifter-Institut. Siehe Dok. 18.

durchgehalten und verantwortlich für die Gesamtleitung der Schrift bis zur Nummer 29 (d. h. bis er krankheitshalber 1968 in Pension ging) gezeichnet.

Als Peter Kraft der Wiederkehr des fünften Todesstages von Herbert Lange gedachte, schrieb er:¹¹⁷

Herbert Langes humanes Engagement gipfelte in seiner Praxis als kommunalpublizistischer Autor im Dienste der Stadt Linz: Dies spiegeln seine Bände „Linz – Panorama der Donaustadt Österreichs“, und das der Ära von Bürgermeister Koref gewidmete Lesebuch „Leben in Linz“; dies macht aber noch deutlicher die Durchgestaltung der von Herbert Lange redigierten Periodika „linz aktiv“, „Linzer Woche“ und „Linzer Almanach“ sichtbar.

Ein städtischer Publizist zu sein und Verantwortung für die Stadt zu tragen, die ihm, dem am 9. August 1908 in Dresden Geborenen, nach dem Zweiten Weltkrieg ans Herz gewachsen war, das bedeutete für Herbert Lange im Grunde genommen einunddasselbe.

Mit diesem Artikel hat Kraft eine grundsätzliche Frage der Publizistik aufgeworfen. Kann ein städtischer Publizist die Verantwortung für die Stadt tragen? Ich glaube schon, wenn man ihm einen politischen Freiraum zubilligt. Dies traf bei Herbert Lange zu. Der obgenannte, von Kraft für die Veröffentlichung in linz aktiv (Sommer 1976) bestimmte und publikatorisch bereits eingereichtete Artikel wurde nicht veröffentlicht, offenbar auf Weisung des damaligen Amtsleiters Dr. Walter Knoglinger. Er kannte die Stellungnahme der Politiker zu linz aktiv. Sie sind im Protokoll der Stadtratsitzung vom 9. Juli 1962 nachzulesen, in der die Freigabe von S 90.000.– als Subvention für linz aktiv beschlossen wurde:¹¹⁸

StR Reichstetter bemerkte dazu, daß „linz aktiv“ eine sehr schöne und für einen bestimmten Personenkreis auch sehr interessante Zeitschrift sei. Es fehle jedoch noch immer eine Publikation, durch die das Geschehen in der Stadt Linz breitesten Bevölkerungskreisen nahegebracht wird. Die Aufgabe könne von „linz aktiv“ in der derzeitigen Form nicht erfüllt werden, und StR Reichstetter regt daher entweder eine Umgestaltung dieser Zeitschrift oder die Herausgabe einer neuen Publikation an, damit die Probleme der Stadt allen Bürgern vor Augen geführt werden können.

B Dr. Koref hält fest, daß es sich bei „linz aktiv“ um eine Elite-Zeitschrift handelt, die schon angesichts ihrer geringen Auflage die breiten Massen kaum ansprechen könne. Die Zeitschrift hat jedoch schon einen Leserkreis gefunden und ist auch zu Geschenkzwecken und für den Austausch mit anderen öffentlichen Stellen vielseitig verwendbar. B Koref betont, es wäre nur wünschenswert, auch für eine Publikation, die gleichsam als Rechenschaftsbericht an alle Haushalte versendet wird, Budgetmittel bereitzustellen. Es sei jedoch zu befürchten, daß dafür zu hohe Beträge erforderlich wären.

StR Hillinger vertritt demgegenüber die Ansicht, daß die nun für „linz aktiv“ freigegebenen Mittel schon die Kosten einer Auflage einer illustrierten Postwurfsendung decken würden und verweist dabei als Beispiel auf die Wahl Broschüre der SPÖ.

StR Reichstetter schließt sich den Ausführungen von StR Hillinger an.

B Dr. Koref stellt fest, die Möglichkeiten, eine solche Publikation herauszugeben, sollten geprüft werden.

Städtepublizistik und kommunale Berichterstattung

Am Beginn des Abschnittes Publizistik-Amt/linz aktiv habe ich darauf hingewiesen, daß Publizistik und Berichterstattung zwei verschiedene Arbeitsbereiche sind. Die Entwicklung, die linz aktiv genommen hat, bestätigt diese Unterscheidung. Peter Kraft schreibt über die Gestaltung von linz aktiv:¹¹⁹

¹¹⁷ Privatarchiv Kreczi, Peter Kraft, Vom Schicksal eines Publizisten, bestimmt für linz aktiv (Sommer 1976), Impulse (Ablichtung).

¹¹⁸ ASTL, StRP 1962, Bd. 2, fol. 310 f.

¹¹⁹ Peter Kraft, Eine Zeitschrift wird erwachsen. In: linz aktiv 80 (1981/82), 66.

Die künstlerisch-feuilletonistische Durchgestaltung der Zeitschrift hielt sich von den ersten Nummern der Spätära Koref angefangen bis in die Gegenwart. Eine gewisse Zäsur schuf die mit der Amtseinführung von Bürgermeister Theodor Grill verbundene Nummer 27 unter dem Aufmacherthema „Luftverunreinigung“. Es war das erste Heft ohne kulturelles Dekor mit Ausrichtung auf rein kommunale und kommunalpolitische Linzer Belange; „linz aktiv“ war damit aus dem streckenweise privatisierenden Extrem seiner Anfänge an den nicht eben unanfechtbaren Gegenpol eines offiziellen Bulletins der Stadtväter geraten. Auch so konnte Kommunalpublizistik sein oder sich geben und es mag sogar magistratsintern und in Politikerkreisen gar nicht wenig Stimmen geben, die einer derartigen Aufbereitung offizieller Bürgerinformation den Vorzug geben.

Walter Knoglinger, seit 1969 Abteilungsleiter der Kommunalpublizistik, führte ab Nummer 31 (Sommer 1969) eine Umbenennung der bisherigen „Zeitschrift für Stadtkultur und städtisches Leben“ in „Vierteljahresschrift der Stadt Linz“ durch und baute die Zeitschrift im Sinn der kommunalen Berichterstattung aus.

Kraft schreibt hiezu:¹²⁰

Wie eine derartige moderne Berichterstattung über ein Gemeinwesen wie Linz funktionieren soll, darüber hat Dr. Knoglinger in „linz aktiv“ 34 exakt Auskunft gegeben. Er spricht im diesbezüglichen Artikel von der Pflicht der Gemeinde zur Rechenschaft über die geleistete Arbeit und vom Recht der Demokratie auf Information. Es gäbe zwei Wege, um zu informieren: Einen indirekten in Richtung auf weitere Medien zu, wie dies in erster Linie durch den vom Presseamt herausgegebenen Pressedienst geschehe, und einen direkten, der durch Herausgabe eigener Publikationen sich direkt an die Bevölkerung wendet. Die direkte Information ist mittlerweile unter der Amtsführung von Dr. Knoglinger sehr weitgehend realisiert worden, durch die Herausgabe der zweimonatlich erscheinenden Publikumszeitschrift „Lebendiges Linz“, durch die gemeinsam mit dem Land Oberösterreich erstellte Programmzeitschrift „Was ist los“ und durch die alljährliche Abhaltung eines „Tages der offenen Tür“ der Stadt Linz.

Seit Peter Kraft 1973 in das Presseamt engagiert wurde, war er ab Nummer 47 (Sommer 1977) ständiger Mitarbeiter von linz aktiv. Er schreibt:¹²¹

Zum damaligen Zeitpunkt war nicht nur die kommunale Berichterstattung deutlich intensiviert worden, sondern es hatte sich auch schon der Inseratenanteil der Zeitschrift entscheidend vergrößert (seit 1969). Gestalterisch hatte man sich ab Nummer 37 für einen eigenen, von Wirtschaftsnachrichten und -artikeln umflossenen Inseratenanteil entschieden.

Auch die Kulturberichterstattung wurde ab Sommer 1974 umstrukturiert. Zunächst wurde eine rund 40 Seiten umfassende „Kulturzeitschrift in der Zeitschrift“, die alle aktuell anstehenden Kulturthemen der Stadt berücksichtigte, unter dem Titel „Impulse“ geschaffen. Diese Einführung hielt sich ein halbes Jahrzehnt hindurch.

Ab 1979 wurde die Kulturbeilage unter dem Titel „linz kulturell“ auf 16 Seiten reduziert, dafür wanderten kulturelle Leithemen in den Hauptteil. Fallweise kam es in jenem Zeitraum auch schon zu eindrucksvollen Farbreproduktionen von Sonderbeilagen innerhalb der Zeitschrift. Ab Nummer 47 (Sommer 1973) war man mit der ständigen Mitarbeit an „linz aktiv“ betraut. Ab Nummer 50 aber wurde einem unter der Gesamtleitung von Dr. Walter Knoglinger bereits die redaktionelle Leitung der Publikation anvertraut ... „linz aktiv“ hat sich schon von der ersten Nummer weg auch als Kulturzeitschrift verstanden. Dieser kulturelle Akzent wurde zu wiederholtem Male verstärkt. Seit Nummer 70 (Frühjahr 1979) findet man die nähere Publikationsbezeichnung „Kulturelle Vierteljahresschrift der Stadt Linz“ über dem jeweiligen Inhaltsverzeichnis.

In den kulturellen Großartikeln wie in den Beiträgen für „linz kulturell“ zeichnet sich die Kulturpolitik der Stadt Linz mit ihren wichtigsten Veranstaltungen und Aktivitäten ab.

Sämtliche kulturellen Projekte der Stadt können anhand sachlicher und detaillierter Berichte aus „linz aktiv“ nachstudiert werden.

¹²⁰ Peter Kraft, Vor 30 Jahren im Dezember 1961 erschien die erste Nummer von linz aktiv. In: linz aktiv 121 (Winter 1991/92), 7 ff.

¹²¹ Ebenda.

Bürgermeister Dr. Koref hat aufgezeigt, daß die zwei verschiedenen Arbeitsbereiche zwei verschiedenen Menschentypen entsprechen, indem er die Redakteure von linz aktiv charakterisierte.¹²² Prof. Herbert Lange kennzeichnet er als einen „hochbegabten und im besten Sinn des Wortes fein gebildeten Dichter-Schriftsteller“, als eine „lyrisch-sensible Persönlichkeit“.

Dessen Nachfolger Dr. Walter Knoglinger bezeichnetet er als „standfesten, zeitungserprobten Praktiker von ganz anderer, von stark pragmatischer Wesensart“. Und über Dr. Peter Kraft schreibt er: „1973 ist ihm der, wie mir scheint, Herbert Lange seelenverwandte, tüchtige Redakteur Dr. Peter Kraft zur Seite getreten.“ Die geistige „Sukzession“ Langes führte Kraft nach der Verlagerung des Arbeitsgewichtes unter Dr. Knoglinger auf allgemeines kommunales Informationswesen wieder zurück zur Kultur. Ich glaube, daß die beiden Arbeitsbereiche selbstständig nebeneinander bestehen. Der Geist, der die Kulturverwaltung von Anfang an beseelte, führte dazu, die Stadtpublizistik aufzubauen. Die bürokratische Verwaltungsgliederung verhinderte allerdings diesen Aufbau im Rahmen der Kulturverwaltung. Schade!

Was die Gründung von linz aktiv im besonderen angeht: die Zeitschrift „für Stadtkultur und städtisches Leben“ war ein kulturelles Anliegen! Die Berichte über die Entstehung von linz aktiv, die anlässlich der runden Geburtstage der Vierteljahresschrift erschienen sind,¹²³ lassen die notwendige archivalische Recherche vermissen und bedürfen daher der Berichtigung.

Der Gründungsbericht

Die Gedenkworte, die Bürgermeister Koref 1976 zum 15jährigen Jubiläum von linz aktiv schrieb, waren bisher der einzige fehlerfreie Gründungsbericht, der in linz aktiv aufscheint.¹²⁴

Als über Anregung des Kulturamtsdirektors Dr. Hanns Kreczi, unterstützt von dem unvergessenen Professor Dr. Walter Pollak, dem überragenden Journalisten Oberösterreichs, und mit Genehmigung des Stadtratkollegiums die „Vierteljahresschrift für Stadtkultur und städtisches Leben“ unter dem Titel „linz aktiv“ mit Heft 1 im Winter 1961/62 erschien, waren der hochbegabte und im besten Sinn des Wortes fein gebildete Dichter-Schriftsteller Professor h. c. Herbert Lange mit der Gesamtleitung und das sehr erfogreiche Mitglied des Lehrkörpers der damaligen Kunstschule der Stadt Linz (seit Herbst 1973 „Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung“ des Bundes) Professor Erich Buchegger mit der graphischen Gestaltung betraut worden. Wie sich bald zeigte, hatten wir eine sehr glückhafte Wahl getroffen.

Merkwürdigerweise findet sich von diesen Gedenkworten Korefs in den Berichten zu den runden Jubiläen von linz aktiv kein Wort, auch kein Hinweis oder Stellungnahme. Warum wurde Korefs klare Aussage totgeschwiegen?

Damals lag bereits eine Entstehungsgeschichte in Kurzform vor. Dr. Knoglinger hatte sie im Bericht zum zehnjährigen Bestandsjubiläum von linz aktiv geschrieben, allerdings ohne auf die selbstverständlich in der Schriftenablage des Magistrates im Stadtarchiv verwahrten und Archivbenutzern zugänglichen Gründungsakten von linz aktiv zurückzugreifen:¹²⁵

An der Wiege von „linz aktiv“ stand, wie könnte es anders sein, ein Journalist, der in jahrelanger Erfahrung die geistigen Voraussetzungen für die Durchführung eines solchen Projektes erworben hat. Es war dies der angesehene Chefredakteur der „Oberösterreichischen Nachrichten“, Professor Walter Pollak, ein

¹²² Ernst Koref, Gedenkworte zum Quindecim-Jubiläum von linz aktiv. In: linz aktiv 61 (1976/77), 4 f.

¹²³ Gründungsberichte zum 10-, 20-, 25- und 30jährigen Jubiläum von linz aktiv in linz aktiv 41, 9 f; 80, 63; 100, 15 und 121, 6.

¹²⁴ linz aktiv 61 (Winter 1976), 4 f.

¹²⁵ Walter Knoglinger, linz aktiv. Ein Jahrzehnt im Dienste der Landeshauptstadt. In: linz aktiv 41, 9 f.

ausgezeichneter Stilist, großartiger Leitartikler und treffsicherer Analytiker politischer, sozialer und kultureller Verhältnisse.

Das Wort Professor Pollaks als Chefredakteur der „Oberösterreichischen Nachrichten“ hatte Gewicht in der Stadt und im Land.

Kein Wunder also, daß die Linzer Stadtverwaltung, als Prof. Pollak an sie mit dem Vorschlag herantrat, eine Zeitschrift zu gründen, die das vielfältige Leben in der Landeshauptstadt widerspiegeln sollte, diesem Manne ein offenes Ohr lieh und seine Vorstellungen wohlwollend prüfen ließ.

Prof. Walter Pollak hatte damals einen eigenen Verlag gegründet, den Lenta-Verlag, in dessen Obhut „linz aktiv“ zunächst erscheinen sollte.

Prof. Pollak arbeitete in redaktioneller Hinsicht mit einem Mann zusammen, der die beste Gewähr für ein Gelingen der Publikation mitbrachte. Es war dies der langjährige Kulturredakteur der „Oberösterreichischen Nachrichten“, Prof. Herbert Lange.

Dr. Knoglinger hat die Entstehungsgeschichte von linz aktiv so gesehen und als für die Gesamtleitung der Zeitschrift zeichnender Amtsleiter festgeschrieben.

Als Journalist wäre er verpflichtet gewesen, vorerst zu recherchieren. Im Handbuch des österreichischen Kuratoriums für Journalistenausbildung heißt es im Kapitel „Recherche“: „Die Recherche ist das Um und Auf jeder journalistischen Tätigkeit. Eine aktive Recherche zielt immer darauf ab, eine Person oder ein Dokument zu finden, mit deren bzw. dessen Hilfe eine zu lösende journalistische Frage oder Themenstellung geklärt werden kann. Dazu gehören routinemäßige Telefonkontakte ebenso wie das gezielte Befragen von betroffenen Personen, Hintergrundinformanten, Behördenvertretern et cetera.“ Dr. Knoglinger hat das m. E. unterlassen. Er hat konsequenterweise die Aussage Korefs über die Entstehung von linz aktiv in dessen Gedenkworten einfach ignoriert und darauf geachtet, daß in den Entstehungsberichten zu den runden Geburtstagen von linz aktiv an seiner (unrichtigen) Entstehungsgeschichte festgehalten wird. Koref hat seine Gedenkworte von 1976 in seinem Memoirenwerk bestätigt, indem er sie darin wortwörtlich wiedergegeben hat.¹²⁶ Ich persönlich habe den Bericht Dr. Knoglengers (unabsichtlich) übersehen. Die Gedenkworte Korefs habe ich erfreut zur Kenntnis genommen. Als Pensionist hatte ich Interesse vor allem an Unterlagen, die ich für meine Studien brauchte. Erst meine Artikelserie über die Linzer Kulturpolitik veranlaßte mich, die Gründungsfrage von linz aktiv aufzurollen. Es kam eine Abhandlung zustande, die ein kleines, aber doch (wie ich glaube) interessantes Stück der Linzer Pressegeschichte erhellt.

DER AUFBRUCH ZU EINER NEUEN KULTURPOLITIK

Deutsches Vorbild

Der traditionelle Kulturbegriff „Elitäre Kultur“ wurde bis in die späteren sechziger Jahre als der Kulturbegriff anerkannt. Die Tradition hat diesen Kulturbegriff an die Institutionen der Kultur gebunden. Olaf Schwencke¹²⁷ schrieb in den „Plädoyers für eine neue Kulturpolitik“¹²⁸ über die kulturelle Nachkriegssituation und den Aufbruch zu einer neuen Kulturpolitik in

¹²⁶ Koref, Gezeiten (wie Anm. 58), 320 f.

¹²⁷ Langjähriger Studienleiter an der Evangelischen Akademie Loccum, Mitglied des Deutschen Bundestages und der Beratenden Versammlung des Europarates, Mitherausgeber der „Plädoyers für eine neue Kulturpolitik“, München 1974.

¹²⁸ Plädoyers für eine neue Kulturpolitik. München 1974.

Deutschland,¹²⁹ daß die Geschichte der städtischen Kulturangebote der fünfziger und frühen sechziger Jahre kaum ein Thema aufweist, das

im Blick auf die Vergangenheit, Gegenwart oder Zukunft relevant sein könnte. Unangefochten bestimmte die städtische Mittel- und Oberschicht mit der besseren Schulbildung und meist mit akademischer Ausbildung den „Kunst-Geschmack“, und die Kleinbürger orientierten sich daran. Die Kunst wurde als ästhetische Zugabe des Alltags entpolitisirt, während die Gesellschaft selbst sich in immer stärkerem Ausmaß politisierte. Ideologisch wurden (offiziell) Kunst und Leben immer weiter auseinanderdividiert und gesellschaftspolitisch „subversiv“ immer deutlicher aufeinanderhin komponiert! Kurzum: Ein gesellschaftlicher Klimawandel deutete sich an, der erstmals die Chance für eine eigenständige gesellschaftskritische Kulturpolitik eröffnete! Die Nachkriegsphase, in der bürgerliche Kultur mit Tugend und Politik mit Un-Tugend implizite identifiziert wurde, ging zu Ende.

Im Jahre 1966 wurden die Sozialdemokraten zum ersten Mal seit der Weimarer Republik wieder Regierungspartei.

Die Stichworte, die die geistige Situation der späten 60er Jahre kennzeichnen, sind ganz andere als zuvor, im ganz hohen Maß politische: Rezession, Arbeitslose, Apo, Große Koalition, Notstandsgesetzgebung, Studentenkrawalle, Subkultur, Kommunen, Springer, Klassenherrschaft und Systemkritik, Prager Frühling, Radikalisierung von rechts und links, Dutschke, NPD. Die politische Landschaft hatte sich plötzlich und unerwartet so sehr verändert, daß nach langer Adenauerscher Restaurationsära und kurzer Erhard-scher „Pinscher“-Jahre¹³⁰ nun die parlamentarische Demokratie ihre Feuerprobe zu bestehen hatte. Der Stimmungsumschwung betraf direkt auch den bundesdeutschen Kulturbetrieb in seinen ideologischen und ökonomischen Verkettungen ...

Der kulturpolitische Anstoß kam von „links“: statt kultureller Pflege des überlieferten Erbes und der nachträglichen Rezeption der westlichen Entwicklung der 30er und 40er Jahre wurde nun marxistisches und sozialistisches Gedankengut aufgegriffen.

Besonders die junge Generation und ihre akademischen Vertreter traten für eine eigenständige gesellschaftskritische Kulturpolitik ein. Im Vorwort der Herausgeber der Plädoyers für eine neue Kulturpolitik wird die Frage gestellt: „Erscheint es nicht anachronistisch in unserer Gesellschaft, wenn zwar nicht ausschließlich, aber doch subventionell schwergewichtig die aus dem vorigen Jahrhundert erwachsenen bürgerlich-aristokratischen Kulturstätten und -darbietungsformen gefördert werden? Schon auf Grund von Bildungsbarrieren ist es den allermeisten Bürgern gar nicht möglich, an Kunst zu partizipieren.“

Im Vorbericht des Verlages der Plädoyers wird gefragt: „Was kann Kulturpolitik heute leisten? Ihre Verfechter und Kritiker stimmen nur in einem Punkt überein: Die Kulturpolitik steckt in einer Krise. Sie ereignet sich in den Kulissen der bürgerlichen Tradition. Denn: Theater, Oper, Museum, Konzertsaal sind Kulturburgen des 19. Jahrhunderts. ... Wer die humane Stadt schaffen will, wird über die Funktionen von Kunst in einer künftigen Kulturpolitik sorgfältig nachdenken müssen. Die nach-ökonomische Stadt braucht Kultur als Medium der Kreativität, Kommunikation und Sozialisation.“

In der allgemein einsetzenden Diskussion wurde die Kulturpolitik von Grund auf neu durchdacht und ein neuer Denkansatz gefunden: die Soziokultur.

¹²⁹ Dies und das Folgende: Olaf Schwencke, Kontinuität und Innovation zum Dilemma deutscher Kulturpolitik seit 1945 und zu ihrer gegenwärtigen Krise. In: Plädoyers (wie Anm. 128), 26 ff.

¹³⁰ 1965 kanzelte Ludwig Erhard unter starkem Applaus kritische Schriftsteller als „Pinscher“ und „Banausen“ ab. Die Verhöhnung Erhards war kein probates Mittel, gegen die neuen Ideen anzukämpfen.

Der Deutsche Städtetag hat sich erst spät zur neuen Kulturauffassung bekannt:¹³¹

Auf der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages 1973 in Dortmund ist unter dem Titel „Bildung und Kultur als Element der Stadtentwicklung“ ein Konzept vorgelegt worden, das der kommunalen Bildungs- und Kulturpolitik neue Ziele und Aufgaben setzt. Dieses Konzept geht davon aus, daß

- der Zugang zu den kulturellen Einrichtungen allen Bürgern offen steht und durch Orientierung und Information erleichtert werden muß,
- Bildung und Kultur als Einheit zu verstehen und ihre Angebote eng miteinander zu verknüpfen sind,
- die Weiterentwicklung, Erhaltung und Neugestaltung einer sozialen und kulturellen Infrastruktur einen wesentlichen Beitrag für eine „menschliche Stadt“ darstellt.

Eine Kulturpolitik, die diese Ziele verfolgt, muß den kulturellen Bereich gegenüber der Gesellschaft öffnen und ein Kulturverständnis überwinden, das vornehmlich zur Rezeption aufforderte. Eine ihr entsprechende Stadtentwicklung muß dafür sorgen, daß die Schaffung besserer sozialer und kultureller Bedingungen für alle Bürger und die Förderung der Chancengleichheit als wesentliche Entscheidungskriterien in die Gesamtplanung eingehen.

Im demokratischen Staatswesen ist Kultur für alle als kommunale Gemeinschaftsaufgabe ständig neu zu definieren: Kulturarbeit muß der Entfaltung und Entwicklung der sozialen, kommunikativen und ästhetischen Möglichkeiten und Bedürfnissen aller Bürger dienen. Die Städte sollten daher auch die Initiativen anderer Träger fördern.

Aus der Zunahme der freien Zeit, über die der Einzelne verfügen kann, ergeben sich Ansprüche an den Raum: an die Stadt, ihre kulturellen Einrichtungen, ihre Vergnügungsstätten, an die Landschaft als Erholungs- und Bewegungsraum. Die Freizeit könnte sich von der beruflichen Sphäre lösen und aus sich heraus zu eigenen Zielsetzungen gelangen. So können Ersatz- und Ergänzungsberufe sowie Hobbies für eine große Zahl von Menschen zu einem wesentlichen Lebensinhalt werden. Die Stadt wird vermehrt ein Angebot machen müssen, um Freizeit in Freiheit zu nützen.

Allein der informierte und urteilsfähige Bürger gewährleistet den Bestand der Demokratie. An die Stelle der bloßen Anpassung an den Konsumdruck und an gängige Meinungen müssen daher Reflexion und selbständiges Denken und Handeln treten. Es kommt darauf an, Institutionen und Organisationen zu schaffen bzw. zu fördern, die dies ermöglichen.

Die „Kultur für alle“ in Österreich

Die Welle der neuen Kulturpolitik kam auch – mit dem (üblichen) Verzögerungsfaktor von etwa fünf Jahren – nach Österreich. Auch hier war es vor allem die Jugend, die radikale Reformen verlangte. Es sei nur an Otto Stainingers Schlachtruf in der Zeitschrift „Die Zukunft“ erinnert:¹³² „Schlachtet die heiligen Kühe!“ Fred Sinowatz nannte den Artikel „journalistisch wirksam“ und kommentierte:¹³³ „Stainer meinte die Bundestheater, die Philharmoniker, die Hochkultur.“ Sinowatz seinerseits war als Unterrichtsminister radikalen Lösungen abhold. In seiner eben zitierten Stellungnahme in der Zeitschrift „linz aktiv“ unterscheidet er drei Phasen der Kulturpolitik: Die erste Phase war die Führung und die Entwicklung eigener Kulturinstitute und Kultureinrichtungen des Staates, der Länder und der Gemeinden, die öffentlichen Theater, Museen, Kunstschulen und Orchester. In der zweiten Phase wurde die Entscheidungsbasis im Förderungsbereich durch kulturelle Grundlagenforschung erweitert und die Voraussetzung für die dritte Phase, die Demokratisierung der Kultur, geschaffen.

In seiner Rede bei der Bundes-Bildungskonferenz 1976 ging er näher auf die neue Kulturpoli-

¹³¹ Jochen von Uslar, Kulturpolitik des Deutschen Städtetages. Empfehlungen und Stellungnahmen von 1952 bis 1976. Köln 1979, 23, 38 ff.

¹³² Otto Stainer, Schlachtet die Heiligen Kühe! Aufforderung zu einer kulturellen Flurbereinigung. In: Zeitschrift Die Zukunft 6 (März 1973), 25 ff.

¹³³ Fred Sinowatz, Bei günstigem Wind die Segel setzen . . . In: linz aktiv 57 (Winter 1975/76), XXX.